

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkaturen und verwandten Berufsgenossen,  
sowie der  
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber: Johann Stanning, verantwortlicher Redakteur: Fritz Paeplow, Beide in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Beifüllgeb., bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Anzeigen die dreigesetzte Petition oder deren Raum 30 A. — Postkatalog Nr. 8116.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 16, erste Etage.

Inhalt: Gedenkfeier. — Zum Jahreswechsel. Bau-  
gewerbe-Bürokrat und Arbeitsverhältnisse. Zur Beitrags-  
frage. — Umbau. — Baugeschäfte. Die Firma Feilich,  
Simon & Co. — Lohnbewegungen und Streiks. Streitprozesse.  
— Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Briefkasten.

**Ausgesperrt**  
find die Verbandskollegen in Pyritz i. Pommern.

**Im Freizeit**  
befinden sich die Kollegen in Glensburg, Teterow  
und Neumünster.

**Sperren sind verhängt**

über die Bauten der Unternehmer Karmeyer in  
Bielefeld, Häuser & Florack in Düsseldorf,  
Weller in Giebelstadt, Görres in Nowawes,  
Koch in Wandsbek und Flügge in Trier (Ka-  
fernholz).

Außerdem ist Zugang fern zu halten für Stukkaturen  
von Elberfeld, da über folgende Geschäfte die Sperre ver-  
hängt ist: Pollmann, Schäfer, Lenz, Fleck, Hütte-  
meister, Kaiser, Rölle, Dehler, Karbach u. Klein.

**Gedenkfeier.**

Am Freitag, den 18. Januar 1899, werden es breitig  
Jahre, seit es in Berlin der Grund gelegt wurde zu einer  
Organisation der Maurer Deutschlands. An  
diesem Tage konstituierte sich der „Allgemeine deutsche  
Maurerbund“, der im Frühjahr desselben Jahres auf  
der Generalversammlung in Cassel seine Bestätigung durch  
Delegierte der Maurer verschiedener größerer Städte fand. Der  
Bund hat sich in der ersten Hälfte der siebziger Jahre als  
schwierige Waffe im Kampfe um bessere Löhne und Arbeits-  
bedingungen bewährt, mußte aber der Polizeigewalt weichen.  
Unter veränderten Namen von 1874 bis zum Ertrag des  
„Sozialstaatengesetzes“ von Hamburg aus geleitet, verschwand  
die Organisation der Maurer Deutschlands 1878 von der  
Weltbühne.

Obwohl der Organisationsgedanke seinen Augenblick geruht  
hatte, wirkte die Berühmtheit der Organisationsform doch so  
deprimierend auf die Kollegen, daß zunächst garantiert der Versuch  
gemacht wurde, etwas aus den Trümmern zu retten. Aber nicht  
langsam und in einem Kampf mit der Polizei entwickele sich  
die Maurerbewegung in den achtziger Jahren, bis endlich im  
Jahre 1891 die Mehrzahl der in der Bewegung stehenden Kollegen  
den Entschluß faßte, wiederum eine Centralorganisation der  
Maurer Deutschlands in's Leben zu rufen.

Der Centralverband der Maurer Deutschlands ist in seiner  
Organisationsform die Fortsetzung des am 18. Januar 1869  
in Berlin gegründeten Allgemeinen deutschen Maurerbundes.  
Wie der Centralverband heute die legitime Organisation der  
Maurer Deutschlands ist, so war es damals der in Berlin ge-  
gründete Allgemeine Bund. Dafür ist der 18. Januar des  
neuen Jahres nicht bloß ein Erinnerungstag für die Maurer  
Berlins, sondern wir können den Tag feiern als 20-jähriges  
Jubiläum der deutschen Maurerbewegung.

Unsere Berliner Kollegen haben zu diesem Tage eine würdige  
Gedenkfeier vorbereitet, die am Abend des Tages in Keller's  
Festhalle, bestehend in Konzert und Ansprachen, abgehalten wird.  
Da alle Kollegen eingeladen worden sind, sich auf dem Fest  
durch Delegierte vertreten zu lassen, dürfen wir wohl erwarten,  
daß die Kollegen der größeren und nicht allzuweit von Berlin  
entfernt liegenden Städte diesen Wunsch nachkommen. Beson-  
ders Gewicht legen die Verantwortler der Feier darauf, daß die  
einigen Kollegen, die an der Wiese der Organisation gestanden

haben und noch heute an der Bewegung thätigen Anteil nehmen,  
dass sie die Veteranen unserer Organisation, reich  
zählreich auf dem Fest versammelt sind.

Diesem Wunsche werden hoffentlich eine größere Anzahl  
Zuhörer nachkommen können. Mit einigen Orten sind ja auch  
diesen bisbezügliche Beschlüsse gefasst worden, während die  
Kollegen anderer Orte von einer Delegation Abstand nehmen,  
doch aber in einem Glückwunschkogramm ihrer  
Freude und Zustimmung Ausdruck geben wollen.

Gelegentlich dieses Hinweises auf die Gedenkfeier in Berlin  
wollen wir gleichzeitig dazu aufmerksam machen, daß der dem-  
nächstige Verbundstag ohne Zweifel die Herausgabe einer in  
Vorbereitung befindlichen Schrift über die Geschichte der deutschen  
Maurerbewegung von 1869—1899 beschließen wird.

Der Vorstand.

S. A. Th. Bömelburg.

## Zum Jahreswechsel.

Schnell ellt das Jahr dahin, unter Sturm und  
Drang in der Natur, wie in der Menschewelt. In  
demselben Augenblick, wo das eine Schwindel, um der  
Vergangenheit beigebracht zu werden, tritt ein anderes  
seine Herrschaft an. Über der denkende Mensch lädt  
die Jahreswende nicht vorübergehen, ohne die Er-  
fahrungen, die der verflossene Zeithabchnitt ihm gebracht  
hat, sich zu vergegenwärtigen und aus ihnen gute Lehren  
für sein ferneres Verhalten und richtige Schlüsse auf  
die Zukunft zu ziehen.

Das verflossene Jahr gehört im Geschichtsperiode  
an, die einen Wendepunkt im Gescheid der Menschheit  
darstellt. Da ist nichts Neues an Ereignissen und  
Vorkommnissen auf den verschiedenen Gebieten des  
sozialen Lebens. Es ist die Entwicklung längst  
vorhandener Verhältnisse und Einrichtungen,  
mit der wir es bei unserem Rückblick zu Ihnen haben  
— die Entwicklung, welche den rapiden inneren  
Verfall der bürgerlichen Gesellschaft offenbar  
macht und zugleich alle die großen politischen, sozialen  
und wirtschaftlichen Kampf beendigt, welche die ganze  
Kulturlinie in stetiger wachsendem Maße eröffneten.  
Stets, wenn es mit einer Kulturrepoche an Ende geht,  
wenn eine angeblich „unantastbare“ Gesellschaftsordnung  
ihren Auflösung entgegensteht, erreicht der Interessen-  
gegenstand und Kampf seinen höchsten Grad. Die  
bürgerliche Gesellschaft will nicht sterben, sie  
stürzt sich gegen ihr natürliches Verhängnis und bietet  
alle ihre Macht auf, die notwendige Umgestaltung zu  
verhindern. Sie verfällt dabei in Deutschland genau  
so wie in anderen Kulturländern, indem sie auf  
seine Zeit übermacht und Gewalt führt; Kapita-  
lismus und Militarismus weisen überall den  
einmütigen Zusammenhang auf.

Letzterer hat im verflossenen Jahre dem deutschen  
Volke neue, schwere Belastungen gebracht, und aus  
dem alten in das neue Jahr nehmen wir die Gewiss-  
heit mit hinüber, daß diese beiden eine neue erheb-  
liche Steigerung erfahren werden.

In der Gesetzgebung, besonders im Reichstage,  
ist die Macht der Reaktion am Huber gewesen, und  
die im Juni vollzogenen Reichstagswahlen haben  
leider dieser Macht nicht erheblich Abbruch gethan; sie  
wird in dem am Schluss des Jahres zusammengetretenen  
neuen Reichstage sich ebenso gelöst machen, wie das  
im alten der Fall gewesen ist.

Zum engsten Zusammenhang mit der rücksichtslosen  
Sonderinteressenpolitik, welche die Vertreter der  
herrschenden Stände und Klassen betreiben und die sie  
eine „staatsbehaltende“ Politik nennen, obwohl dieselbe

dem Volke die schwersten Schädigungen bringt, hat sich  
im verflossenen Jahre der weitere Zerfall der bürger-  
schen Parteien vollzogen. Diese Parteien sind nur  
noch Cliques, die um parasitische Vorstellen auf  
Kosten der Wohlthat und des Rechtes der arbeitenden  
Klassen kämpfen.

Auf das Gebiete der „Sozialreform“ ist so gut  
wie nichts von Bedeutung und einem Werth für die  
Arbeiter zu verzeichnen. Das Hauptinteresse der meisten  
Kreise des Volkes war im verflossenen Jahr auf die  
Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit konzentriert.  
Nach mehrjähriger schwerer wirtschaftlicher Krise macht  
ein sogenannter „wirtschaftlicher Aufschwung“ sich geltend.  
Eine ganz naturnächste Konsequenz derselben war  
das Bemühen der Arbeiter, ihre gebräuchte Lage zu  
verbessern, indem sie an die Unternehmer Forderungen  
betreffs Lohnertöhung und Arbeitszeitverkürzung stellten.  
In der Regel ließen es dabei die Unternehmer, statt  
auf eine von den Arbeitern angebotene Vereinbarung  
einzugehen, auf Streiks ankommen, deren wir ja be-  
sonders im Baugewerbe so viele zu verzeichnen haben.

In diese der Arbeiterschaft aufgezwungenen Kämpfe  
spielt erheblicher denn jemals zuvor die reaktionäre  
Strömung hinein, welche gegen das Koalitions-  
recht der Arbeiter sich richtet. Unsere Leiter müssen,  
aus welchen Umständen und Vorgängen diese Strömung  
neue Nahrung gewonnen hat. Seit Mitte des Jahres  
siebt die sogenannte „Büchlausgesetzesvorlage“ im  
Mittelpunkt der Diskussion, und Tag für Tag hat die  
weite Debatte mit der Thatache sich zu be-  
schäftigen, daß die reaktionären Elemente, vorweg  
das soziale Unternehmertum, mit großem Fanatismus  
barauf hinbringen, daß ein Gesetz geschaffen werde, welches  
den Arbeitern den Gebrauch des Koalitionsrechtes völlig  
unmöglich macht. Wir haben wohl nicht nötig, mit  
dieser Thatache uns im Rahmen dieses Artikels einzugehen, auf beschränkt, nachdem wir Monate hindurch  
in jeder Nummer unseres Blattes Anlaß hatten, dieselbe  
zum Gegenstand erheblicher Kritiken zu machen. Ganz  
im neuen Jahre wird sich Gewißheit über Inhalt, Ten-  
denzen und Tragweite der angekündigten Gesetzesvorlage  
betreffs „Schutz des gewerbl. Arbeitsverhältnisses“ ge-  
winnen lassen. Die Regierung hat es nicht vermocht,  
den Entwurf noch vor Ablauf dieses Jahres fertig zu  
stellen und zur Kenntnis zu bringen. Wer aber etwa  
aus dieser Verzögerung die Unsiicht ableiten wollte, daß  
man in maßgebenden Kreisen daran denkt, die Bebau-  
ung wahr zu machen, es sollte das Koalitionsrecht der  
Arbeiter nicht angestastet werden, der dürfte bald er-  
fahren, in welch höherem Irrethum er sich befunden.

Unter den Anstrengungen der reaktionären Gewalten und  
gegenüber der Annäherung des Unternehmertums hat  
die organisierte Arbeiterschaft im abgelaufenen Jahre in  
überreichem Maße Gelegenheit gehabt, die Kraft ihrer  
Organisation, die Disziplin und Opferfreudigkeit ihrer  
Mitglieder zu erprobten. Soweit die Organisationen  
der baugewerblichen Arbeiter, insbesondere auch der  
Verbindungen der Maurer Deutschlands, in Betracht  
kommen, dürfen wir wohl sagen, daß dieselben unter  
den äußerst schwierigen Verhältnissen es nicht haben duran  
fehlern lassen. Sie, wie alle anderen Arbeitersorganisa-  
tionen und -koalitionen, halten gegen sich nicht nur die  
wirtschaftliche Übermacht des Unternehmertums, sondern  
auch die immer offener zu Tage getretene Feindseligkeit  
der öffentlichen Gewalten, Polizei und Justiz, bzw.  
samt überall in den deutschen Landen den Wünschen des  
Unternehmertums, die Arbeiter in der Aussicht dem  
Koalitionsrecht zu hindern, Rednung getragte Aus-  
sage durchaus legale Handlungen, ohne welche

## Gedenkfeier

zur Erinnerung an die vor 30 Jahren gegründete erste Organisation der Maurer Deutschlands, veranstaltet von den Zahnstellen Berlin und Umgegend des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands in Kell's Festsälen, Koppenstraße 29, am Freitag, den 13. Januar 1899, bestehend in

### Konzert

unter Mitwirkung der Gesangvereine „Fröhlingslust“ und „Gemeinschaft“ (M.d.A.-S.-B.), Dirigent Herr Schönberger.

#### Solisten:

Herr Fanny Opfer und Herr Jeanne Solz, Konzert-sängerinnen.  
Herr Leo Gollan, Opernsänger.  
Herr Alexander Holmann, Konzertsänger.

Berliner Konzert-Orchester bei Herrn G. Grass.

### Festrede,

gehalten vom ersten Vorsitzenden des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands, Kollegen Th. Bönnelburg-Hamburg.

Aufgang Abends 7 Uhr. — Billets 50 Pf. Jeder Hörstuhlnutzer erhält die Festzeitung mit Programm.

Um rege Beteiligung der Kollegen bitten

**DAS COMITÉ.**

S. L.: Aug. Vogel, Berlin, Weidenweg 25, III.

### Zur Beachtung für reisende Kollegen!

In der Wirthsgast „Zur Fröhlichkeit“ bei Joh. Böhl. [M. 20]

### Zahnstelle Dornhausen.

Achtung! Wir erlauben die Kollegen von Dornhausen und Umgegend, welche mit ihren Beiträgen noch im Rückstand sind, dieselben bis zum 27. Dezember zu entrichten. [M. 1,80]

Die örtliche Verwaltung.

### Aufforderung.

Der Maurer von Stamm (Bud.-Nr. 7837) aus Altona wird aufgefordert, daß gesuchte Maurergerüste an A. Michaelson sofort abzuliefern, währendsfalls wie ihm gerüstsicht belangen.

Die örtl. Verwaltung der Zahnstelle Schleswig.

**A. Frodermann, Rastatt.**

### Zahnstelle Liegnitz.

Am Mittwoch, den 28. Dezember, findet im Restaurant „Zur Hintersleiche“ die

Weihnachtsfeier mit Familienkränzen statt. Gäste sind willkommen! **DAS COMITÉ.**

N.B. Mitglieder, welche noch mit ihren Beiträgen restitut, werden ersucht, daß Jahresabschluß wegen so bald wie möglich die Büche in Ordnung zu bringen. [M. 8]

### Zahnstelle Gartz (Oder).

Am dritten Feiertage, Dienstag, den 27. Dezember: **Erstes Stiftungsfest,** verbunden mit **Vorträgen und Festreden.** [M. 2,10] Die örtl. Verwaltung.

### Maurer-Gesangverein in Celle.

Am ersten Weihnachtstage in den Räumen des „Fasanengartens“: [M. 8]

### Großer Ball.

Aufgang Abends 5 Uhr. Hierzu laden alle Mitglieder und Freunde des Vereins freundschaft ein. Der Vorstand.

### Achtung, Stukkaturen Berlins!

Sonntag, 25. Dez. (1. Weihnachtstag), Abends 6 Uhr, bei Buske, Grenadierstraße 33.

Weihnachts-Festgäste (Vorträge, Tanz und Bescherung der Kinder). [M. 2,70] Bahnhoflicher Besuch erwartet. **DAS COMITÉ.**

### J. Blume & Co., Hamburg.

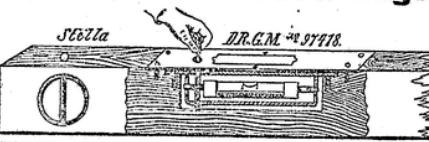
EINGETRAGENE SCHUTZ-MARKE

Arbeits-Artikel und Isländer Jacken. Muster u. Preisfotografie gratis.

J. Blume & Co., Hamburg.

## Kahnt & Richter, Altenburg (S.-A.),

Spezialfabrik für Wasserwagen, Senkklothe etc.



Wir machen die gebrauchten Maurer und Bauhandwerker auf unsere unter nebst bestender Nummer gelegisch geschätzte

aufzuerben. Dieselbe kann bei Ungemessenheit von Federmann selbst registriert werden! Zu haben in jeder Eisenwarenhandlung. Bei Bedarf berufe man sich auf unsere Firma.

Man achtet genau auf die **Hausnummer 45.**

Eigene Fabrikation schwerer Arbeitsgarderoben.

Anerkannte Qualitäten!

Berühmt durch Solidität und Schnitt.

**MR. MOSBERG** Bielefeld. Nur Breitestr. 45.

Versand portofrei gegen Nachnahme nach allen Plätzen.

Extra schwere Isländer, Hemde, wasserdichte Blousen, Unterzeuge, Winterjackets.

Ausrüstungen für Maurer!

Man achtet genau auf die **Hausnummer 45.**

Kollegen Deutschland! Isländer, prima 2 Tägiger, M. 6. Güte-Qual. Ledersohnen I. M. 6,60, II (2½ t. Schuhe) M. 4,80, III M. 2,50 portofrei. Streng restl. Nicht Gefallend, nehme retour. Koll. Höhfeld, Dresden-N., Mitterstr. 4.

**Richard Katz,** Bachstr. 29, Mülheim a. d. Ruhr. Bachstr. 29.

Für Maurer und Zimmerer empfiehlt in nur anerkannt guten Qualitäten und besserer Bearbeitung Isländer, Blousen, schwerer Ledersohnen, Manchester-Hosen und -Westen, Hemden, Ledenzopfen, sowie häusliche Unterzeuge in großer Auswahl zu billigen Preisen. Versand nach allen Orten Deutschlands.

**Richard Katz.**

Zum Schutze der Organisation gründete sich am 18. März 1891 nach dem 18. Februar-Kampfe der Tobalafarbeiter um ihr Koalitionsrecht die **Tobalafarbeiter-Genossenschaft** in Hamburg.

Die Genossenschaft zieht keine Dividende; den von derselben Geschäftigen wird ein anfängliches Lohn bezahlt; bei einer eventuellen Auflösung fällt das Vermögen an die Tobalafarbeiter-Organisationen. — An Arbeiterorganisationen, Gewerkschafts-farle, Arbeiterkooperativen eventuell direkter Verband zu Eingeschreiten. Vertreter erhalten Provision.

**Fachschriften u. Lehrbücher**

Arbeitswerkzeug-Gewerbe-Bürode

JOHNSON-SCHMIDT, Buchdruckerei Berlin

Soeben erschien in dritter, veränderter Auflage: **Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.** (Auch Tourenbuch für Radfahrer!) Über 2000 Reisetouren. 1 Eisenbahn- u. 2 Strassenkarten. Geb. M. 1,50. Zu beziehen d. alte Buch, Kolp. u. J. Scherm, Nürnberg.

Im Verlage der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg ist erschienen und an den bekannten Stellen zu haben:

Der

**Illustrierte kleine Welt-Kalender**

für 1899.

Dreiundzwanzigster Jahrgang.

Preis 40 Pfennig.

## INREIEN STUNDEN



ILLUSTRIRTE ROMAN BIBLIOTHEK 3 JAHRGANG HEFT 10 PFENNIG  
**TOCHTER DES SUDENS**

## Arbeitsmarkt

80 gute Maurer werden noch für Innearbeit und bauende Beschäftigung zum Hobel-Neubau Wallstraße-Franck in Begasung genutzt. Melbungen auf der Baustelle. Carl Boeder, Baugeschäft, Höhneburg 1. West. Tägliche Maurer und Handlanger genutzt für Dörfelkörfer und Bauhofs. Koll. Höhfeld, Düsseldorf, Mitterstr. 4. Worringenstraße 37. Facharbeiter auf dauernde Arbeit in Altona sofort ge sucht. Carl Marx, Gevelsberg 1. West.

## Personalsuchungs-Anzeiger

Unter dieser Rubrik werden alle Veröffentlichungen der dem Erziehungstage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche für den Verkauf von zu Alten Zeit beziehbar. Die Personalsuchung werden jedoch nur zwei Seiten zur Verfügung gestellt. Die Angaben müssen für jede Personalsuchung eingesetzt werden.

## Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, 25. Dezember:  
Bayreuth. Nachm. 2 Uhr. Das Erstehen alter Kollegen ist notwendig. Die nächsten Verhandlungen sind in der Versammlung zu entrichten. Pasewalk. 4 Uhr, bei Klingel (Schlossberg). Streetfarben sind obige mitzubringen. Wahl eines Delegierten zum Verbandsdelegaten.

Rinow. 3½ Uhr in Schildmeyer's Salons. Wegen wichtiger Angelegenheiten müssen alle Mitglieder erscheinen.

Montag, 26. Dezember:  
Freyhan-Krotoschin. Sonnabend 11 Uhr, in Raum im „Schützenhaus“. Wahl der betriebs. Verhandlung. Die Kollegen haben vorschriftlich zu erscheinen und die Mitgliedszahl mitzubringen. Wahl eines Delegierten zum Verbandsdelegaten.

Sonnabend, 31. Dezember:  
St. Johann. Im Seelenstadel, Altstadtstraße 28. Alle Mitglieder müssen am Platz sein.

Sonntag, 1. Januar:  
Ohlau. Nachm. 10½ Uhr im „Gärtel zum weißen Ross“. Jedes Mitglied hat die Pflicht, plantlich zu erscheinen.

Druck: Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.



Kollegen auf, wenn sie für das Wohl ihrer Familien eintreten wollten, sich Mann für Mann dem Verbande anzuschließen, denn wo dieser am stärksten, sei die Arbeitszeit am kürzesten und der Lohn am höchsten. Nachdem sich noch einige Mitglieder in demselben Sinne gesühnt, traten diese Kollegen dem Verbande bei. Vom Vorstehenden wurde darauf hingewiesen, dass in den letzten Mitgliederveranstaltung der Wunsch geäußert worden, bei passender Gelegenheit unsere Lage zu berichtigen, und es wurde einstimmig beschlossen, vom 1. März 1899 ab den Lohn von 35 auf 40 & pro Stunde bel. gebundener Arbeitszeit zu erhöhen. Den Kollegen wurde eng an's Herz gelegt, den beständigen Beschluss unter allen Umständen hochzuhalten.

In Neumünster trafte am Sonntag, den 18. Dezember, eine öffentliche Blauerterveranstaltung im "Coffeum". Es wurde über die Lage des Strafs. Bericht erstattet und vor denselben zu entnehmen, dass sich dieselbe nicht wesentlich verändert hat, auch wohl vorläufig keine Neuerungen zu erwarten sei, indem die Unternehmer wegen des Gesetz unterzeichneten Großwettbewerbs sich nur auf die nachwendbaren Veränderungen befreiten. Besonders wurde, dass die Zahl der zu den neuen Tarif arbeitenden Kollegen in letzter Zeit umgekehrt ist. Sodann wurde von dem Vorstehenden der Streitfall auf die vor kurzem Zeit stattgefundenen Preisensteigerungen und bekannt, dass trotzdem die Unternehmer die Unzufriedenheit der zur Zeit herrschenden Münchner am Gehaltszuwachs beanspruchten, die Baugewerbeleute noch immer mit einer Arbeitszeit und Arbeiten hochzurichten, trotz aller beständigen umsatzsteigernden Veränderungen. Es wäre dringend erwünscht, dass auch Schule für Leben und Gehalt der Einwohner von Seiten der Baupolizei eine schärfere Kontrolle vorgenommen würde. Ganz anders wird mit den Meistern, welche die Forderung der Gesellen erwartet haben, verschärft; die beiden haben oft Wochen, ja Monate lang, auf Zustellung der Bauverkaufsstelle zu warten. Außerdem noch die Ankringung eines Nachtdienstbegünstigungsvertrages, erfolgte Schluss des Verhandlungsabends.

Am 11. Dezember fand in Nordhausen die regelmäßige Mitgliederveranstaltung statt. Es wurde beschlossen, zum Strafbord bis zum 31. Dezember d. J. zu zahlen. In den Gefallenstauschau in der vor der Innungsmessem einberufenen Veranstaltung wurden gewählt: August König, Gottlieb Weiß, Karl Knoth; von den Blauertern wurden Große und Weißland, als Steuerrektoren Möller und Meissel gewählt.

Am Donnerstag, den 8. Dezember, tagte die regelmäßige Mitgliederveranstaltung der Bahnhofsschule Pforzheim, im Gasthaus "Zum Löwen". Der Bericht der Veranstaltung zeigte den der Kauf und Unternehmensforschung der Kollegen; das Beste wäre noch, die Kollegen einzufordern auf Strafe und Abgaben und dann ihre schlechte Lebenshaltung zu befreien. Als erster Punkt wurde die leidlich vorläufige Abrechnung des dritten Quartals verlesen und dann von den Meistern ein Antrag auf Erhöhung des Gehaltsrates eingereicht, der dann auch angenommen wurde. Im Punkt 2 wurde Stellung genommen zum Verbandsantrag und wurde der Strafschüler beauftragt, bei den anderen Bahnhöfen und Städten einzufordern, wie es mit der Einführung eines Standardes sei. Die Bahnhofsschule Pforzheim schuf den Kollegen 20. Mäler als Standarden vor. Im Punkt "Verchiedenes" wurde das Verhalten einiger Arbeitskolleges geahndet, und dann wurden die Kollegen noch aufgerufen, mehr als bisher zu agieren und aufzuständen zu werden, damit sie die Bahnhofsschule Pforzheim aus den anderen Bahnhöfen würdig ansehen könnten.

Im Böhmerwald vertrieben die Verbandskollegene eine steuerhof. Am 1. November seit unserem Streit wurde in jeder Woche am Dienstag Verhandlung abgehalten. Es wurden zwei Bahnhofsschulen besucht, nämlich Riedstadt und Oppurg, erreicht. Unter Anderem wurde am 6. Dezember eine Hauptveranstaltung, nach zweijähriger Bahnhofsschule eingeladen, abgeholt und wurden die Bestrafte gestellt, dass am 1. März 1899 an die Verträge um 5 & zu erhöhen und den Strafbord beizubehalten. Sodann wurde über die nachträgliche Lohnforderung debattiert, und wurde, die jetzt ein freudiger Unternehmer 40 & Stundenlohn zahlt und die heutige Unternehmer am letzten davorstehenden Quartal die geforderten 35 & nicht alle bewilligt, beschlossen, 40 & pro Stunde zu fordern, ferner 10 & Büchsig für jede Überarbeitung. Es soll aber nicht mehr als zwei Stunden pro Tag bei zehnjähriger Arbeitszeit gearbeitet werden. Bei Nacht, Sonn- und Feiertagen soll doppelter Lohn und verdoppelte Bausätze und Worte gefordert werden, sowie dass der Lohn zweckmäßige Mittags in den Händen der Gesellen sich befindet. Die Maßregelung wegen Buchdruckerei zur Organisation muss unterbleiben. Die Kundigung soll beiderseits aufzuhören werden. Diese Forderungen sollen mit dem 1. März 1899 in Kraft treten. Die Lohnkommission ersieht den Antrag, mit den Meistern zu unterhandeln.

In einer am 6. d. M. stattgehabten Mitgliederveranstaltung der Bahnhofsschule Nürnberg wurde besonders hervor gerückt, dass die Sonntagsarbeitszeit so sehr bei den Kollegen einzügige ist, dass die Arbeitszeit der Gesellen eingeschränkt. Um diese Unzufriedenheit abzuheben und einen freien Lohn und Arbeitszeit-Tarif zu erhalten, wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die diesen Tarif auszuarbeiten und den Meistern zur Mitgliederversammlung zu unterbreiten hat.

Eine öffentliche Blauerterveranstaltung in Brixen, die sich eines guten Beutes erfreute, tagte am 1. Dezember in Kleins' Hotel. "Weisbach" - Abordnungen Karls, Büdels, refest. Nehmen gab ein interessantes geschäftliches Bild über die politische sowie gewerkschaftliche Bewegung in England und folgerte namentlich aus der letzteren, dass die deutsche Arbeiterschaft nur in starken zentralistischen Organisationen den Unternehmensgeist fördern könne. Die Ausführungen des Referenten, der ferner die angekündigte Brixensche Vorlage und die Sitzung der Regierung betonte, belohnte Polizei einer befreiten Sitz unter. Darauf wurden die Brixner Meister aufgefordert. Von einer Diskussion über den geplanten Antrag wurde abgesehen, während Karl und Erdelyi die Unternehmensigkeit eines großen Theils der Kollegen rügten. Mit einem besonderen Antrag auf das Ordnen der Organisation schloss die Versammlung.

Am Freitag, den 2. Dezember, tagte im Koch'schen Hofe die regelmäßige Mitgliederveranstaltung der Bahnhofsschule Schackenbeck, welche gut besucht war. Zugriff der Zugsordnung: "Die verfassten wir uns zu einer Lohnforderung" wurde nach langer Diskussion der Antrag des Kollegen Weiß eingetragen, wonach an die Meister die Forderung gerichtet werden soll, den Lohn von 25 und 24 & auf 29 & zu erhöhen. Es wurde in "Verchiedenes" zugleich den Kollegen aus Ostia gelegt, für den weiteren Ausbau des Verbandes zu sorgen.

Und die nächste Verhandlung am Freitag, den 6. Januar, zahlreich zu besuchen. Zu dieser Verhandlung wird ein Bericht von Magdeburg eröffnet. Nachdem ein Comité gewählt war, welches sich mit den Meistern in Verbindung zu setzen hat, wurde die Verhandlung geschlossen.

Am Sonntag, den 4. Dezember, sollte die regelmäßige Mitgliederveranstaltung der Bahnhofsschule Schwelm stattfinden, welche konnte jedoch nicht tagen, weil sie in Schwelm feiert. Die Kaufheit hat in diesem Jahre in unserer Bahnhofsschule angenommen. viele von den Kollegen haben so lange wie die Bahnhofsschule besteht, noch nicht eine einzige Verhandlung gehabt. Wenn dieses so weiter geht, Kollegen, wenn Sie nicht für Ihre Interessen sorgen, so wird einer Schule in der Zukunft kein gutes sein. Nehmen wir uns doch ein Beispiel auf Magdeburg.

Die Kollegen, welche Market zum Beispiel erhalten haben, werden hiermit aufgefordert, über diese Sache bis spätestens Freitag, den 20. Dezember, ebenfalls im Nachschlag abzugehen. Ferner möchte ich die Kollegen daran erinnern, dass laut Vertrag des Verbandsabstages jede Befreiung verpflichtet ist, einen drolligen Strafbord zu gründen. Verbandsmitglieder, welche sich auf den regelmäßigen Sammlungen zu diesem Zweck nicht befreien, geben, da sie gegen die Sanktion des Verbandes verstossen, ihrer Mitgliedschaft verlustig. Erzähle die Kollegen, dies zu beachten.

### Stukkature.

Achtung, Kollegen Berlins und Umgegend.

Die Kollegen werden hiermit darauf aufmerksam gemacht, dass die Kontrolle, sowie Abstempelung der Streitkarten in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr von Abends 6 Uhr an im Arbeitsamtshaus, Steinstraße 14, bei Schultemann stattfindet. Die Kollegen, welche Market zum Beispiel erhalten haben, werden hiermit aufgefordert, über diese Sache bis spätestens Freitag, den 20. Dezember, ebenfalls im Nachschlag abzugehen. Ferner möchte ich die Kollegen daran erinnern, dass laut Vertrag des Verbandsabstages jede Befreiung verpflichtet ist, einen drolligen Strafbord zu gründen. Verbandsmitglieder, welche sich auf den regelmäßigen Sammlungen zu diesem Zweck nicht befreien, geben, da sie gegen die Sanktion des Verbandes verstossen, ihrer Mitgliedschaft verlustig. Erzähle die Kollegen, dies zu beachten.

Carl Dachslitt, Beratungsraum, Charlottenburg, Schloßstr. 28.

\* \* \*

Effen. Am Sonntag, den 4. Dezember, fand eine Generalversammlung der fleischigen Bahnhofsschule statt mit der Zugsordnung: Vorstandswahl und Verchiedenes. Zu Punkt 1 stellte Kollege Höfle einen Antrag, wonach der Wocheneinheitsvertrag auf 25 & zu erhöhen und der Anteil der Strafbord auf 20 & festzusetzen ist. Von einem Kollegen wurde der Vorschlag gemacht, den in den "Festtagen" weilen Kollegen in der entsprechenden Zeit zu unterstützen. Außerdem noch die Ankringung eines Gewerkschaftsvertrages, erfolgte Schluss des Verhandlungsabends.

Die Bahnhofsschule Straßburg hielt 6. Dezember ihre regelmäßige Verhandlung ab. Kollege Burmeister berichtete über die Konferenz in Görlitz. Daraus befreit sich die Verhandlung mit den Lohnfragen für das nächste Jahr. Die Kollegen gewünscht, die Arbeitszeit zu verlängern und entsprechend höhere Lohn zu verlangen. Weiter wurde wiederum darum gewünscht, die Kollegen in den umliegenden Ortschaften organisiert werden müssen, und wurde die Kommission beauftragt, in dieser Hinsicht gut auf dem Pfeilen zu sein. Die Mitgliederveranstaltung der Bahnhofsschule Uerden fand sich am 4. Dezember mit der Frage: "Welche Schritte sind zu thun, um im Frühjahr unserer Lage zu verbessern?" Es wurde von mehreren Kollegen auf 25 & Stundenlohn eingetragen, und soll diese Forderung den Meistern unterbreitet werden. Zum zweiten Punkt entnahm sich eine lebhafte Debatte über die freiwilligen Betriebe zum Strafbord. Kollege Bartholomäus führte an, dass ein großer Teil der Kollegen garnicht und andere nur wenig gesetzt hätten. Kollege Weiß erkannte, nur wenigen Kollegen der Strafbordstempel zu Teile werden zu lassen, welche ihre Pflicht voll und ganz erfüllt haben. Dieser Antrag hatte unter einigen Kollegen Auffang gefunden, denn es wurden sämtliche Market verausgabt. Zum Schluss ließen sich zwei Kollegen in den Verband aufnehmen.

An der Verhandlung der Bahnhofsschule Wandsbek am 6. Dezember, Abends 7 Uhr, wurde einstimmig beschlossen, die Spende über das ganze Gebiet des Unternehmens so zu verbünden, dass die Aufgabe auf den Bau am Senftenberg nicht nach dem Strafbord bezahlt. Es legten acht Market die Strafe nicht und drei blieben. Diese heißen Kühl, Dabelstein und Döhm. Ferner wurde beschlossen, den Kollegen Gabler nicht eher wieder einzutunzen, bis diese seine alten Schulden bezahlt habe.

Am Freitag, den 2. Dezember, fand in Weißenfels die regelmäßige Monatsveranstaltung statt. Im ersten Punkt der Zugsordnung "die Lohnfrage" wurde beschlossen, von einer Lohnbewegung abzusehen, weil erstmals bloß die Hälfte der hier beschäftigten Kollegen organisiert ist und von den organisierten Hälfte, 31 an der Zahl der dritte Teil höchstens weiß, was Organeinstellung zu fordern hat, die andere zwei Drittel wissen überhaupt noch nicht, waren sie in der Geschäftsfahrt und was für Nutzen diese hat; sie kommen auch in keine Verhandlung. Wir haben hier noch ein schweres Stück Arbeit, eben so, wie logen können, wie sind gut organisiert. Es wurde den Kollegen zur Pflicht gemacht, rechtzeitig für den Verband zu agieren, damit die Bahnhofsschule bald alle an Orte beschäftigten Kollegen in sich hole. Es wurde nun angeregt, am 1. Weihnachts-Dienstag gemeinschaftlich einen Christbaum zu formieren. Diesem wurde zugesagt. Zu Punkt "Verchiedenes" wünscht der Kassier, dass die sämtlichen Bäder so bald wie möglich zu ihren Verpflichtungen nachkommen, da in aller Eile die Weihnachtsabrechnung zu erfolgen hat. Mit einem kräftigen Appell an die Kollegen, den Verband auch weiterhin treu und hoch zu halten, schloss der Vorstand die Versammlung.

Am 2. d. M. in der Bahnhofsschule Weissenfels stattfand die Mitgliederveranstaltung, nahm zunächst den Bericht des Kollegen Gerhard von der Kreisföderation entgegen. Die Verhandlung erklärte sich mit dem Bericht einverstanden. Neben die Frage: "Wie gewöhnen wir die Mitglieder an die jahrsfeste Bezahlung der Wehrkräfte?" entnahm sich eine rege Debatte, in welcher Kollege Weiß am Ende Meinung vertrete, dass eine hohe Kontrolle an den Bauten stattfinde. Danna es nicht so leicht kontrollieren, so viele Kollegen wegen Schulden gestrichen werden. Der Strafbordstempel wurde beauftragt, bei den reizenden Mitgliedern die Beiträge in der Wohnung einzutragen. Im Punkt "Verbandsangelegenheiten" wurde ein Brief von der Lohnkommission der Monier in Reichenbach erwidert, worin steht, dass ein Kollege aus Weissenfels, Name: Will, Kreis erworben, sic kein Verbandsmitglied angzeigt hat, das er nächstes Jahr neu münzen kommt, wird um zu rufen. Da unser Verbandsstall die Altkarosserie verteilt (in welchen Protagraphen? D. N. K. und wie auch darunter), dass den Namen aus Weissenfels nach Osten hinzutreibt, wo die Kollegen ja im Streit befinden. Außerdem wurde ein Antragsvorschlag der Bahnhofsschule verlesen, worin sie erklärt, dass sie keine 200 hergegeben hat zur Bezahlung eines Kaiserdoms. — Nun wurde die Bahnhofsschule Berlin I (Bügel) sehr kritisiert. Da unser Verbandsstall die Altkarosserie verteilt (in welchen Protagraphen? D. N. K. und wie auch darunter), dass die Altkarosserie zu überreichen, die Bahnhofsschule Berlin I aber die Altkarosserie rückt, so fragt sie den Namen Berlin I mit Unrecht und nahein familiären Kollegen energisch Stellung dagegen nehmen. Im "Verchiedenen" wird dem Strafbordführer ein Tabel eröffnet, dass er die Versammlungsberichte nicht eingesehen hat. Es wird auf Antrag Bügel beschlossen, sämtliche Versammlungsberichte in den "Grundstein" legen zu lassen, mögen sie sein, wie sie wollen. Es wurde auch beschlossen, Ende Januar einen Massenhall zu eröffnen. Alsdann folgte Schluss der schwach besuchten Versammlung.

Am 8. Monats hielt die Bahnhofsschule Westerland ihre regelmäßige Mitgliederveranstaltung ab. Bei der Neuwahl der regelmäßigen Verhandlung wurde Kollege Wall als Bevollmächtigter und als Kassier Kollege Kühl gewählt. Zum zweiten hier nicht vertreten.

### Literarisches.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, Dieb's Verlag) ist folgender Artikel vom 17. Jahrgang erschienen. Aus dem Inhalte hebt wir her vor: Die Gründung des Reichstages. — Der Zulammensetzungskreis. Von Heinrich Einow. — Der Begehrungsraum. Von Dr. H. B. Adams-Liepmann. — Der heutige Arbeitersammlung und die öffentliche Erziehung vorwiegendlicher Arbeiters. Von Gustav Schönfeld. — Literarisches Rückblick. — Notizen: Die Ausbildung der Elektricität als Wirtschaft und Kraftquelle. Die japanische Baumwollindustrie. — Heute: Schriftstellerische Erfolge. Von Franz Mehring. (Fortsetzung.)

Für den Weihnachtsmarkt noch rechtzeitig kommen eben die Schriften und der 4. Halbjahresband der Illustrirten Romanbibliothek "In Freien Stunden", die in Wochenseiten zu nur 10 & 26 Seiten statt erscheinen. Der Halbjahresband (in geschmackvollem Leinenband A. 8,50, in prächtigem Salzbambus A. 4) enthält den ungemein spannenden Roman: "Die Gebehrungsraum". Von Heinrich Einow. — Der zweite Band ist am 18. d. M. Vormittag 11 Uhr, beim Wirt Hugo Steeler Thor, zu diesem Zwecke erschienen. Auch mit dem Oberhaupt der Kollegen soll sich bestrebt werden, damit Kollege Einow dem heimeligen Tage auch dort Verhandlungssitz kann. Weiter wurde beantragt, den Kollegen Barde, wie er am 2. d. B. hier in Eisen als selbstverständlicher Vertrauensmann fungierte, aufzufordern, seinen Verpflichtungen der hiesigen Zahlungsgemeinde gegenüber nachzukommen und werden diejenigen Kollegen, welche die Weise des dienten wissen (soll in Heidelberg bei Schmid a. a. d. Arbeit), gebeten, uns dieselbe unter folgendem Adresse zu schicken: Verband der Schriftsteller, per Mr. C. Dahl, Steeler Thor, Eisen a. d. B. Nähe.

Geben Sie mir die Zeitung, die Ihnen gefällt, und ich werde Ihnen sie gern zeigen. Die Illustrirte und technische Zeitschrift des Industrie- und Handelsministeriums: "Die Industrie". — Die Japanische Baumwollindustrie. — Die elektrische Kraft. — Die Schriftstellerische Erfolge. Von Franz Mehling. (Fortsetzung.)

Für den Weihnachtsmarkt noch rechtzeitig kommen eben die Schriften und der 4. Halbjahresband der Illustrirten Romanbibliothek "In Freien Stunden", die in Wochenseiten zu nur 10 & 26 Seiten statt erscheinen. Der Halbjahresband (in geschmackvollem Leinenband A. 8,50, in prächtigem Salzbambus A. 4) enthält den ungemein spannenden Roman: "Die Gebehrungsraum". Von Heinrich Einow. — Der Begehrungsraum. Von Dr. H. B. Adams-Liepmann. — Der heutige Arbeitersammlung und die öffentliche Erziehung vorwiegendlicher Arbeiters. Von Gustav Schönfeld. — Literarisches Rückblick. — Notizen: Die Ausbildung der Elektricität als Wirtschaft und Kraftquelle. Die japanische Baumwollindustrie. — Heute: Schriftstellerische Erfolge. Von Franz Mehring. (Fortsetzung.)

\* Platzmangel wegen müssten mehrere Berichte zurückliegen.

Garc (Oder). Mr. Als Ihr Bericht hier eintrat, war das Platz schon voll. Ihre Klage ist also ungerechtfertigt.

Wenn Sie von uns diejenige Antwort wünschen, dann müssen Sie uns auch Ihre Adresse wissen lassen; oder unter dem Bericht, wo Sie eigentlich hätte stehen sollen, noch auf der Karte haben wir sie gefunden.

Siegreich, O. Die bayerischen Briefmarken können wir Ihnen nicht herverleihen.

wäre bald soweit, daß man Hammer und Nelle fortwährend unter dem Arm tragen müßte, um gelegentlich ein paar Stunden mit Beitragsbauer auf 44 Wochen verlängert und der Prozentsatz der einspringen zu können. Dazu kommt, daß man stundenweise Wege hat und daher einen erheblichen Teil des Lohnes für Fahrgeld ausgeben muß. Weiter hätten auch die Kollegen auf dem Lande, wenn sie in die fünfzig Jahre kommen, immer noch Aussicht, in Arbeit zu kommen, was in den Großstädten kaum noch zutrifft. Deshalb müßt man mit der Erhöhung der Beiträge recht vorsichtig sein, und er bitte doch sehr, die Erhöhung abzulehnen. Wenn das geplante Buchhaltungsgeley verwirklicht wird, müßte seine Meinung nach unsere Tafel soviel geändert werden. **W**örlitzburg erklärte, es sei bei Vorstand und dem Ausschluß darum zu thun gewesen, die wirkliche Meinung der Mitglieder zu hören. Wir sind von der A. nicht ausgegangen, daß nichts vertrethen ist, als die Beiträge zu erhöhen, ohne die Stimme der Mitglieder zu kennen. Rücksicht der Verbundsstag, entgegen dem Willen der großen Mehrheit, die Beiträge erhöhen, so hätten wir wohl einen Beschlüsse, aber der Rückslog würde dann unvermeidlich sein. Wörlitzburg erinnerte diejenigen Mitglieder, die in den schlechten Tagen dem Verbund treu gelebt haben, daß eine Kürze durch die Reichen der Verbundskomitee gegangen sei, bis die Beiträge herabgesetzt wurden, und daß dann Kürze eintrete und der Verbund sich vor da ab immer weiter entziehe. Und weil auch jetzt wieder eine Kürze eintreten könnte, sei der Vorstand nicht zu bestimmten Beschlüssen gekommen. Er (Nebner) sei überzeugt, daß das, was der Verbund auf Gründ der allgemeinen Förderung beschließen werde, zum Segen des Verbundes ausspielen werde. Die Vorschläge von 40 und 35 Å Wochenbeitrag mögen ganz gut gemeint sein; aber wir können wohl sicher sein, daß die, welche sie gemacht haben, es gehabt haben, ohne die allgemeine Verhältnisse zu berücksichtigen. Von einer derartigen Erhöhung wäre gar keine Rede sein. Die Beiträge können nur nach und nach unter Verhältnisprinzipien geplante Erhöhung erzielt werden. Er (Nebner) sei nicht leicht befriedigt, aber die Leistungen der Kollegen in diesem Jahre hätten ihn mehr als befriedigt. Wir werden immer Acht geben müssen, den allgemeinen Verhältnissen Rechnung zu tragen; ein Rückslog, wie ihm die Unternehmer so schmäc für uns wünschen, können und dürfen nicht wieder vorkommen. In einigen Städten bezahlten die Kollegen bereits 25 Å wöchentlich; in diesem Jahre sind bereits A. 180–190 000 an Streifkonds geboten eingegangen, rund A. 100 000 mehr als im vorigen Jahre. Hierauf wurde einstimmig jede Erhöhung der Beiträge abgelehnt.

Die Zahnstelle Altona lehnte in ihrer Versammlung am 18. Dezember eine Beitragsverhöhung mit allen gegen zwei Stimmen ab.

Die Kollegen der Zahnstelle Güstrow stellten gegen die Beitragsverhöhung. Denn wenn der Beitrag erhöht wird, würde die Mitgliedergabe erheblich zurückgehen. Also würden in dem Falle auch nicht mehr Gelder der Hauptkasse zustießen, als es jetzt der Fall ist. Wir haben den Streifkond obligatorisch eingeführt, so daß wir mit Kostenbeiträgen zusammen 25 Å bezahlen. Wenn darnach gestellt würde, daß der Streifkond allenfalls obligatorisch eingeführt würde, dann würde auch wohl Geld genug zusammen kommen.

Die Kollegen von Blaauw i. W. sprachen sich am 6. Dezember gegen eine Beitragsverhöhung aus: "Die heutige Versammlung spricht sich gegen Beitragsverhöhung aus, da es schon unter den gegebenen Verhältnissen schwer ist, die Kollegen zu gewinnen. Des Weiteren versprechen aber die Kollegen, das Sammeln zum Unterstützungsford mehr und eifriger zu betreiben, um den finanziellen Anforderungen gerecht zu werden.

Gegen eine Beitragsverhöhung erklärten sich die Zahnstellen Bremen und Münster; beide wünschten die Beibehaltung des bisherigen Modus. In der ersten verpflichteten sich die Kollegen, für eine stärkere Beteiligung der Streifkondsgelder Sorge tragen zu wollen, in der anderen soll der bisherige Streifkondbeitrag von 80 und 40 Å wöchentlich beibehalten werden.

Eine bessere Belehrung an den Streifkondversammlungen versprechen die Mitglieder der Zahnstelle Oppau, dasz wünschen sie aber, daß die wöchentlichen Beiträge nicht erhöht werden.

Die Zahnstelle Schöningen hat sich für Belehrung der jetzigen Beiträge entschieden. Nach Ansicht der Kollegen würden sie keine Mitglieder mehr bekommen, sobald die Beiträge erhöht würden, da die Zahnstelle Schöningen erst im Erdölfeld steht.

Die Zahnstelle St. Johanna a. d. Saale wünscht, daß die Beiträge so beibehalten werden, wie sie jetzt sind, und glaubt, daß durch eine Erhöhung der Beiträge die hiesigen Männer für den Verbund in abschärfarer Zeit nicht zu gewinnen sein werden. In der letzten öffentlichen Maureverbammlung kamen wir der Zahnstelle einen Theil der hiesigen Männer als Mitglieder wieder zuwohren, wodurch wir für die auseinander norddeutschen Kollegen Erfolg erzielten. Diese neuen Mitglieder würden wir für höhere Beiträge nicht gewinnen, wenn sie aber eine Zeitslang dem Verbund angehören, werden sie auch Beiträge zum Streifkond zahlen. War kann den Süden nicht mit dem Norden vergleichen, wo man in vielen Städten bereits eine einheitliche Lohn hat. In vielen Städten des Südens und gleichfalls hier besteht aber ein zu großer Unterschied.

Gleichfalls gegen Erhöhung der Beiträge ist die Zahnstelle Schwabach.

Die Griesheimer Kollegen halten es für notwendig, daß 20 Å Wochenbeitrag und der Streifkond in jetziger Ge-

stalt beibehalten werden. Sie wünschen jedoch, daß die Beitragsbauer auf 44 Wochen verlängert und der Prozentsatz der einspringen zu können. Dazu kommt, daß man stundenweise Kollegsassen auf 80 Å verlängert wird.

Der Kollege Schleemann: **V**öllig äußert sich wie folgt: Da doch jetzt so viele Zahnstellen ihre Meinung zur Beitragsfrage äußern, so möchte ich auch meinen Theil aus unserer kleinen Stadt Lübz dazu beitragen. Nach den Berichten stimmen mehr Mitglieder für als gegen die Beitragsverhöhung, was mir durchaus nicht einleuchtet. Ich glaube sicher, daß in den Zahnstellen, wo die Kollegen für die Beitragsverhöhung stimmen, ebenso viele sämige Zahler sind, wie in den Zahnstellen, die gegen die Beitragsverhöhung stimmen. Denn wenn mehr bezahlt werden soll, ist es auch sicher, daß viele Kollegen aus dem Verbund treten, viel mehr noch als bisher sämige Zahler bleiben und die Mehrzahl der Kollegen dem Verbund ganz fern bleibt. Wenn dagegen es so bleibt, wie bisher, oder wenn der Beitrag noch niedriger wäre, so wären uns mehrere Kollegen sicher und die Einnahme ebenso groß, vielleicht noch größer. Was soll wohl ein verkehrsharter Kollege, wenn er hier das Jahr A. 580 bis 600 verdient, viel machen, damit kommt er nach ganze Jahr nicht aus den Schulden. Ich meine, wenn ein Verbandskollege von seinem 20. bis 60. Lebensjahr seinen Verpflichtungen treu nachkommt, so bringt er gegen diejenigen, die ihr Leben sich hinterher siedeln und keinen Pfennig opfern, einen schönen Groschen zusammen. Jeden Kollegen muß die Notwendigkeit des Verbundes aber in Fleisch und Blut übergehen, er muß sein Weib und seine Kinder davon überzeugen, wie notwendig die Opfer gebracht werden müssen.

Aber vor den paar Groschen scheuen sich die Mitglieder sicherlich, oder haben sie oft vielmehr faum, um sie zahlen zu können. Wie hier nun der Beitrag erhöht wird, das sieht man das ganze Jahr. Der Kastner kann dann der Kollegen noch so viel betteln, sie versprechen es ihm auch, das Geld nach seiner Wohnung zu bringen, oder in die Versammlung zu kommen, aber siebleben immer mit einzigen Monaten zurück. Wenn aber jeder Maurer sich in der Versammlung eines Groschen röhrt, so wären es alle da, sogar auch die Nichtorganisten. Es kommen auch häufig Kollegen zugewandt, die haben ihr Verbundsbuch auch hässlich in Ordnung, sie begaffen auch ihn und da einmal, und müssen zuletzt doch wegen Schulden gestrichen werden. Kurz, Alles in Allem genommen, so ist die Zahlung das Lösegeld, und da will keiner was von wissen. Darum rufe ich Ihnen, Kollegen zu, drücken Sie die Kollegen nicht zu hart und arbeiten Sie daran, daß jedes Jahr Lohnende von Mitgliedern gewonnen werden, und daß fortan mehr Streifbrecher aus der Welt geschafft werden.

\* \* \*

Die Mitteilung in Nr. 51 aus Marktansicht: "Weil sie einen Rückgang der Organisation befürchten, erschließen sich die Mitglieder in Marktansicht gegen eine Beitragsverhöhung", klingt dem dortigen Verkaufsmann und einigen anderen Kollegen so harmlos und a. g. g. g. a. d., als höre man die legten Worte eines Sterbenden". Die Nächsigkeit der Mitteilung kann nicht angefochten werden; da nun aber nicht so ein richtiger Begriff "rum gemacht" ist, fühlen die Kollegen sich benachteiligt und glauben, sie müßten die Agitation einstellen, wenn nicht ihre Versammlungsberichte in der von ihnen gewünschten Länge und Breite im "Grundstein" veröffentlicht werden.

Wir lassen uns in eine weitere Polemik nicht ein, wollen aber gern kontakten, daß die Kollegen in Marktansicht schon jetzt 40 Å (infusile Streifkond) wöchentlich zahlen. Eine Leistung, die vor Alles allen Kollegen der kleineren Orte empfohlen möchten. Darüber hinaus wird wohl Niemand eine Beitragsleistung wünschen.

\* \* \*

In Nr. 51 des "Grundstein" ist von der Zahnstelle Hohenmölsen resp. von dem Schriftführer ein Bericht über die am 27. November abgeholte Versammlung eingeführt worden, welcher nicht ganz richtig ist. Da sich alle Mitglieder obhäufig gegen die Beitragsverhöhung aussprachen, unter der Befürchtung, daß dann viele Mitglieder ablehnen würden, ist wahrscheinlich, daß die Mitglieder abstimmen würden. Aber unwohl ist, daß die Mitglieder für 5 Å Beitragsverhöhung unterwegs fuhren und die Streifkond eingetrieben sind. Sie sind vielleicht dafür, daß Wohnenbeiträge und Streifkond, verschmolzen zu Beobachtungsbeiträgen, 25 Å beitragen sollen, zumal in vielen Zahnstellen der Streifkond noch nicht obligatorisch eingeführt ist. Alle Mitglieder sollen zu gleichen Beiträgen herangezogen werden. Gegen den zahlmähsigen Nachweis des Kollegen für den Verbund in abschärfarer Zeit nicht zu gewinnen sein werden. **L**udwig habe ich auch protestiert und gesagt, daß in seinem Nachweise große Bilder auszufließen sind. Den Antrag zur Abstimmung der 5 Å ist an die Hauptkasse habe ich übrigens eingekrafft. Der Antrag von Ludwig wurde auch nicht einstimmig angenommen; ich erkläre vielmehr, daß über einen Antrag garnicht abgestimmt worden ist, wobei über meinen noch über den des Kollegen Ludwig.

Albert Ploetzsch, Vertrauensmann.

### Baugewerblieb.

\* **Fähigkeit der Bauarbeiter.** Berlin. Beim Abschluß des "Ferndienstes" für den Arbeiter Venda ein Wallen auf den unten zus. und zerschmettert ihm das Knorpelgelenk. **G**oß a. Niederrhein. An dem Neubau der Kapelle am Hospital stand eine auf drei Zögern ruhende Eisbalkenmauer, die zwischen den Untergeschoßsteinen geholt haben und das Mauerwerk durch den Maurermeister Heintz. Sohnrs ausgeführt. Die Baufestung hatte den Stadtbaurmeister Scheper, von welchem auch die Zulassungen herrührten. Genaueres wird die Untersuchung ergeben. — Auch ein Beleg für die Überschwemmung des von den Bünstern geforderten Befestigungsmauerwerks.

**Hamburg.** Wie der "Baugewerbs-Bla." mittheilt wird, wurde der Einsturz wahrscheinlich durch Überschwemmung der Baugruben verhindert. Außerdem sollen die 27 m freistehenden Zahnersteine unterlagert zu klein gewesen sein. Die Mauerarbeiten wurden durch den Maurermeister Heintz. Sohnrs ausgeführt. Die Baufestung hatte den Stadtbaurmeister Scheper, von welchem auch die Zulassungen herrührten. Genaueres wird die Untersuchung ergeben. — Auch ein Beleg für die Überschwemmung des von den Bünstern geforderten Befestigungsmauerwerks.

**Hamburg.** Ein Steinmärder fiel einem beim Baumeister Höls beschäftigten Zimmerlehrling ein Sparren auf den Kopf, wodurch er Verletzungen davon trug.

**Katowitz.** Auf der Steinbrücke starzte ein Gerüst zusammen und begrub sieben Montiere unter den Trümmer, denen einer sofort getötet und drei schwer verletzt wurden, während die übrigen nur leichtere Verletzungen erlitten.

**Sachsen.** **A.** Wie der "Bla. Ed. Bölk" berichtet, starzte ein Gerüst ein, wobei a. a. a. Schreiber verletzt wurden; vier kamen schwere Verletzungen davon getragen haben.

**Cottbus.** Auf einem Neubau in der Schloßstraße starzte ein 150jähriger Tagelöhner vom zweiten Stockwerk in den Boden, brach den rechten Oberarm und erlitt mehrere Hautabschürfungen. Er wurde durch die Rettungsgesellschaft in die chirurgische Klinik verbracht.

**Nürnberg.** In einem Neubau der Neuen Reichsstraße wurde einem Arbeiter durch einen Balken der rechte Unterarm abgeschlagen. Der Verunglückte wurde ins Spital gebracht.

**Neubrandenburg.** Auf einem Neubau in der Schloßstraße starzte ein 160jähriger Tagelöhner vom zweiten Stockwerk in den Boden, brach den rechten Oberarm und erlitt mehrere Hautabschürfungen. Er wurde durch die Rettungsgesellschaft in die chirurgische Klinik verbracht.

**Wetzlar.** Auf einem Neubau vom zweiten Stockdach aus stürzte ein Arbeiter, der einen Balken trug, vom zweiten Stockdach auf den Boden und erlitt eine schwere Verletzung.

**Stuttgart.** Auf dem Neubau des Konsumvereins in der Wohlstrasse starzte ein Arbeiter circa 15 Meter tiefe in den Keller, brach die Rippen und erlitt mehrere Hautabschürfungen. Er wurde durch die Rettungsgesellschaft in die chirurgische Klinik verbracht.

**Torgau.** Am 12. Dezember, Morgen 7 Uhr, stürzten von zweiter Spieler am Hafen infolge Zusammenbruch des Podestes zum Uebergange fünf Gemüse- und Steinträger circa neun Meter tiefe ab. Sie wurden nach Hause gebracht, einer davon ist schwer verletzt.

**Eschwege.** (Westmark). Am 14. Dezember starzte ein vierzehnjähriger Arbeiter zusammen, sieben Männer unter sich, bei einer Baustelle, die an einer Brücke über der Werra liegt, ein schwerer Verlust.

**Paris.** Bei einem Betriebsunfall wurden an 30 Arbeiter verletzt. Die meisten sind schwer verwundet; die Zahl der Toten konnte noch nicht festgestellt werden.

**Barcelona** (Spanien). Ein im Bau begriffener Wasserleitungsbau starzte ein; dabei sind 18 Personen ums Leben gekommen. Ein Betonbalken fiel in die Wasserleitung.

**\* Unfallstatistik der Hess.-Ass. Baugewerbe-Berufsgenossenschaft.** Im Monat Oktober 1898 gelangten bei der Genossenschaft zur Anzeige:

in der Sektion I.	72 Unfälle
" "	II
" "	III
" "	IV
" "	V
" "	VI
" "	VII
zusammen 226 Unfälle	

Dieselben ereigneten sich in folgenden Gegenständen und Vorgängen:

1. Motoren, Transmissionsen und Arbeitsmaschinen usw. 9

2. Hubfahrt, Kranzüge, Kräne, Hebezeuge usw. 5

3. Dampföfen, Dampfleitungen, Dampfapparate, Gasmaschinen usw. 1

4. Dampfklopfen (Explosion von Pulver, Dynamit usw.). 1

5. Feuergefährliche, heiße und siedende Stoffe (Gall, Gase, Dämpfe, Überwärmungen usw.). 5

6. Zusammenbrüche, Einsturz, Heraus- und Umfallen von Gegenständen 40

7. Fall von Tieren, Treppen usw. aus Balken 99

8. Auf und Abrollen von Hand, Hebgen, Dragen usw. 24

9. Hubwagen, Hubfahrzeuge vom Wagen und Karren aller Art usw. 1

10. Eisenbahn- und Rollbahnbetrieb (Ueberfahren)

11. Schiffahrt und Berufe zu Wasser (Fall über Bord usw.). 1

12. Thiere (Sich, Schlag, Biß usw.) einschließlich aller Unfälle beim Reiten. 1

13. Handwerkzeug und einfache Geräthe (Säumer, Nagel, Spaten, Haken usw.). 22

14. Sonstige. 22

Bur Anerkennung der Entschädigungspflicht und Feststellung der gesetzlichen Entschädigungen gelangten zusammen 50 Unfälle.

\* **Submissionswesen.** In Bürgel und Celle soll die Kirche des heiligen Petrus umgebaut werden und sind die hierunter befindlichen Maurearbeiten zur Submission gestellt worden. Dieser Verfahren hatte den Antrag auf Bürgel, wodurch er schon in vielen anderen Orten den Erfolg, daß sich bei den Angaben **M. 40 000** als Mindest und **M. 75 000** als Höchstforderung vorhanden. Bei dieser beiden Rechnungen sind und wo sie für Zeit den aus den Arbeitserlösen herausgebrachten Profit verzehren, können wir leider nicht herausholen.

### Aus unserer Bewegung.

**Als Kandidaten zum Verbandstage** sind vorgeschlagen:

Für die 2. Wahlabteilung von Schleswig Kollege

A. Klinke.

Für die 6. Wahlabteilung von Ahrensburg Kollege

Guttmann-Gulin.

Für die 10. Wahlabteilung von Nienstedten Kollege

P. Deutlich und von Wandelschul Kollege H. Steinbeck.

Für die 12. Wahlabteilung von Siegen Kollege

G. Paaschen und Joh. Grapengieker.

Für die 18. Wahlabteilung von Uelzen Kollege Wilh. Meyer. fanden Hoch auf die moderne Arbeitersbewegung wurde die Ver- sammlung geschlossen.

Für die 19. Wahlabteilung von Nordebecke Kollege Schormann. In Berlin hielten am Dienstag, 6. d. M. die Maurer einer von etwa 2500 Personen besuchte Versammlung ab, in der der Verbandsvorstande Th. D. m. e. l. r. aus Hamburg

Für die 21. Wahlabteilung von Neu-Brunnen Kollege Otto Nißl in Hammersbek und von Darmstadt Kollege Eisinger.

Für die 22. Wahlabteilung von Garz (Ober) Kollege Maas.

Für die 23. Wahlabteilung von Hammerebersdorf Kollege E. Schmied.

Für die 47. Wahlabteilung die Kollegen Wilh. Karpinisch und Robert Palm.

Für die 59. Wahlabteilung von Wilmersdorf Kollege Herm. Behrend.

Für die 58. Wahlabteilung von Nordhausen Kollege G. Krause.

Für die 87. Wahlabteilung von Langenberg Kollege Hugo Duck.

Für die 90. Wahlabteilung von Pöhlne Kollege Anton Albrecht.

Für die 100. Wahlabteilung von Brakwede Kollege Paul Hoppe.

Für die 102. Wahlabteilung von Dohum Kollege C. Struckmann und von Wittstock Kollege Huppel.

Kollege Hübner.

Für die 110. Wahlabteilung von Heldenbergen Kollege Ph. Abel-Bieckrich.

Für die 115. Wahlabteilung von Sprendlingen Kollege Philipp Hinkel.

Für die 120. Wahlabteilung von der Kreis konferenz (Wittenborn und Umgegend) Kollege Georg Naun.

Für die 128. Wahlabteilung von Speyer Kollege Jakob Stör.

Für die 147. Wahlabteilung von Burgstädt Kollege Otto Lindner.

Für die 149. Wahlabteilung von Bittau Kollege Hermann Engler-Holmewitz.

Für die 150. Wahlabteilung von Burgen Kollege Schieber.

Eine Kreis konferenz für den Kreis Groß-Gerau (Blieskorn und Umgegend) tagte am Sonntag, den 11. Dezember. Der Kreis konferenzmann lagte in seinem Bericht über den schlechten Verbandsaufbau in den Zentralorten und rügte auch, daß die Sitzstellen El.-Grau, Wörthelben und Krumbach nicht auf der Kreis konferenz vertreten waren. Kollege August Günther erklärte, daß die dortige Zahl Dönheim in Grafschaft gleichfalls über mangelndes Verbindungs der dorthin Kollegen. Auch habe die Delegierte zur Bundes konferenz in Darmstadt nicht einen Bericht erstattet.

Zur Beitragsfrage wurde beschlossen, den Beitrag um 5 % zu erhöhen und den Stofffonds in der seitherigen Form beizubehalten.

Als Delegierter zum Verbandsstage wurde der Kreis vertrauensmann Kollege Georg Kau, vorgeschlagen. Zum Stoffl wurde noch in "Verbindungen" darüber diskutiert, daß die Stoffl, die zur Winterzeit ausbrechen, ohne Werk sind und nur dem Verband viel Geld kosten. Es ist deshalb notwendig, recht vorsichtig zu Werke zu gehen.

Der Unternehmer Speer-Nordreuter hat den Stofflvertrag unterschrieben und in die Sparte daher aufgehoben. Zugleich ist noch fern zu halten.

Der Unternehmer F. Olde in Seelze i. H. will keine Maurer, die dem Verband angehören, beschäftigen. Die Verbandskollegen werden daher erucht, den Herrn Olde nicht zu belästigen.

Am Sonntag, 4. d. M. tagte im Saal des "Weltbahnhofs" in Altenburg eine Extra-Mitgliederversammlung, welche von ca. 180 Personen besucht war. Bünzlaff wurde zu der Frage der Beitragszahlung Stellung genommen. (Wir berichten darüber an anderer Stelle, d. R.) Sobann regt Kollegen F. u. G. an, ob es nicht zweckmäßig sei, die Beiträge durch den Lande seien Bezirkspolitionen zu entnehmen, welche alle vier Monaten das Geld an den Stoffl überleiteten. Durch diese Einrichtung soll verhindert werden, daß der Stoffl durch veräussertes Beitragsgeld Mitglieder verloren geben. Kollege F. u. G. sprach von den Bezirkspolitionen eine kleine Entschädigung gewährt werden. Die Kollegen August aus Bieckrich und Erge aus Wittenborn vertraten, die Arbeit unentgeltlich zu machen, was von der Verbandsleitung dankend abgelehnt wurde. Über die Errichtung eines Arbeiters Sekretariats in Altenburg referierte Genosse M. K. L. e., den Werk und Büros einer deutlichen Einrichtung besonders hervorhebend. Der Vortrag wurde ebenfalls angenommen. Es entnahm sich nun eine sehr lebhafte Diskussion über die Aufrührung der Mittel zu diesem Institut. Auf Antrag des Kollegen M. K. L. e. wurde einstimmig beschlossen, zur Deckung der Kosten pro Quartal 10 % Extra-Beitrag von jedem Mitglied zu erheben. Den Kollegen Th. K. r. aus Bieckrich, der in Folge der letzten Meisterschaftswahl zu 4 Wochen Gehaltskürzung verurtheilt wurde, aus der Losfallsfehle eine Unterstützung von M. 25 gewünscht. Am 3. Dezember tagte in Altenburg bei Witten eine öffentliche Maireversammlung, die sehr gut besucht war. Kollege B. a. w. l. b. aus Darmstadt sprach über "Die gewerkschaftliche Organisation". In seinem Vortrage führte er den Anwesenden vor Augen, daß durch die Organisation der Maurer besserer Lohn und Arbeitsbedingungen zu erreichen seien. Weiter wies er darauf hin, daß in den Städten, wo die Organisation größer, die Arbeitszeit kürzer und der Lohn höher sei. Die Unternehmer in Leipzig weigerten sich, die Forderungen der Geisen zu befriedigen. Als sie aber sahen, daß sie es mit einer starken Organisation zu tun hatten, füllten sie sich genügend, nach ihrem Widerstande die Forderungen zu befriedigen. Nedner erfuhr alle anwesenden, noch nicht organisierten Kollegen, sich dem Zentralverbande der Maurer Deutschlands anzuschließen, dann sei stark werde und den Kampf führen können zum Wohlergegen der Arbeiter. Nedner erwiderte für seinen Vortrag stürmischen Beifall. Kollege H. a. p. e. w. sprach auch auf die Wohlände im liegenden Baugewerbe hin und betonte, daß den Kollegen feststellt die Schuld an dem Beleidigen der Wohlände beizumessen sei, weil sie in ihrer Weise nicht im Verbande seien. Danach fotografierte vier neue Mitglieder dem Verbande an. Mit einem dreifach-

In der am Mittwoch, den 7. Dezember, in Friedrichshof über die Ergebnisse der in Berlin am 30. November abgehaltenen Kreis konferenz. Seine Hauptausführungen waren der Beitragsfrage gewidmet. Die Versammlung erklärte sich einverstanden, daß wurde ein Beschluss gefasst, da man erst die Verpflichtung des Stofffondsaufwands abwartern wollte. Hierzu wurde mit großer Stimmenmehrheit der Antrag des Kollegen Neu amann, auch in den Wintermonaten den Stofffondsauftrag (5 % pro Monat) beizulegen, angenommen. Weiter wurde hierzu beschliffen, im Frühjahr eine Versetzung der Arbeitszeit auf neun Stunden und eine Erhöhung des Stundenlohns auf 55 & von den Unternehmen zu fordern und dies den Hauptvorstande zu unterbreiten. Nach Erledigung seiner Augenheiligen erfolgte Schluß der Versammlung. Weiter waren wieder einige Kollegen, die sich mit großem Interesse für die Beitragsfrage einzutragen, nicht zur Versammlung erschienen.)

Am Samstag, den 11. Dezember, fand in Gart (Ober) eine Mitgliederversammlung statt. Es wurde beschlossen, am darauffolgenden Tag eine eigene Stiftungsfest stattfinden zu lassen. Im Punkte "Verbindungen" kam es zu lärmhaften Szenen, weil zwei Kollegen bei einem Warter Arbeit genommen hatten, der sein feindlich gegenüber stand. Die Sache wurde so erregt, daß der erste Bevollmächtigte die Versammlung sofort. Dies hatte wohl etwas beruhigend auf die Kollegen gewirkt, denn als nummerreiche zweite Bevollmächtigte die Leitung der Versammlung übernahm, konnte sie ruhig zu Ende geführt werden.

In Griesheim der Darmstadt tagte am 4. Dezember eine von 180 Kollegen besuchte Maurerversammlung, in der Kollege F. e. r. o. n. gründlich einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag hielt: "Wie ist die Lage der Maurer zu verbessern?" Die Kollegen beschäftigten, im kommenden Jahre ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Von Referenten wurden die Kollegen ermahnt, sich das mutterhafte Betragen der am Frankfurter Streit beteiligten Kollegen zur Mischnahme zu nehmen.

Die Zahlstelle Hamburg vollzog in ihrer Versammlung am 6. Dezember den Abschluß der Maurer Dieg und Große, weil zu jener Zeit des Stoffl in Neumünster in Brandenburg, woher Ort zum Streitgebiet Neumünster gehört, gearbeitet haben. Weiter wurde beschlossen, wieder statthaft Erwerbungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuführen. Die Abrechnung für Monat November ergab für die Hauptstelle: Einnahme: M. 1193,80, Ausgabe: M. 294,39. Vom Sommergruppenabrechnung: Einnahme: M. 408,80, Ausgabe: M. 266,55. Vom Stiftungsfest: Einnahme: M. 98,00, Ausgabe: M. 128,50. Nicht abgeräumt mit den Sonnenfestsstarken haben G. Dohm, Thome, Vogemann und Chr. Bruns. Nach Erledigung einer inneren Vereinsangelegenheiten erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Zu Ostern tagte am 27. November im Hotel "Krene" eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung. In der ersten Versammlung fand sich 650 aus Ostwestfalen über das Thema "Unternehmerverbände und Arbeitersorganisation". Der Referent verstand es in treiflicher Weise, den Anwesenden klar zu machen, was eine wirkliche Organisation der Arbeiter bedeutet. Weiter habe er mir eine kleine Anzahl von Bülbrettern. Die Bülbrettle, die ca. 80 Mann zählt, war nur mit knapper Mafs durch die Hälfte vertreten. An Befammlungen halte es doch wirklich nicht gelegen, und die Witterung ließ auch nichts zu wünschen übrig. Des schwachen Besuches wegen mußte denn die Mitgliederversammlung, welche nach der öffentlichen Versammlung stattfinden sollte, verzögert werden.

Am Sonntag, den 4. Dezember, hielt die Zahlstelle Nürnberg eine regelmäßige Versammlung ab. Die Versammlung war sehr regelhaft, auch der Schriftführer war nicht erschienen. Als Delegierten-Kandidaten wurden die Kollegen H. L. e. und G. G. u. J. a. ausgewählt. Darauf sprachen Schmitz und Miller für Beitragsförderung, da von der Zahlstelle Nürnberg wenig Stoffl auspenderten, bestreitet worden waren. H. L. e. sprach gegen die geplante Verhängung des Koalitionsstreiks und gegen die die Zahlstelle Nürnberg zu lassen, da von den Maurern keiner so viel Lust zur Organisationsarbeit habe, das Blatt zu verbreiten! —

In einer gut besuchten Maurerversammlung, die am 8. d. M. in Markranstädt tagte, schätzte Kollege Bergmann in seinen eindrücklichen Worten den Ernst der Situation und hob hervor, daß es unternehmertum einsatz daran bedacht ist, durch aktive Maßnahmen die Organisationsbestrebungen der Arbeiter zu bekämpfen. Infogaben müssen, wenn der Verband aller Anstrengungen geringen will, mehr Opfer gebracht werden. Nur der Verband gegen den Verband seine Pflicht erfüllt, denn ein Unternehmertum im Verein mit der ganzen reaktionären Gesellschaft könnte immer wieder neue Pläne, um das, was sich die Maurer durch ihre Organisation errungen haben, wieder zurück zu machen. Da wir nur im nächsten Frühjahr unsere Lohnforderung durchsetzen wollen, ist es an der Zeit, daß wie dem Unternehmertum als eine geistige und gut dägl. plänierte Korporation gegenüberstehen.

Eine öffentliche Versammlung der Maurer tagte am 4. Dezember in Naumburg. Kollege Dr. n. L. Leipzig referierte über: "Die Bestrebungen des deutl. Baugewerkschirms gemäß der Verbandsstage zu Dresden". Der Referent wurde von der Versammlung mit reichem Beifall belohnt. In "Verbindungen" wurde unter Anderem auf die Geschehe am Neubau der König. Akademie hingewiesen, die ja mangelfhaft sind, daß in ihrer letzten Zeit von bis fünf Untergeschoßen geliehen konnten. Es wird den dort arbeitenden Kollegem empfohlen, dafür das Abhause geschaffen wird.

Am Sonntag, den 4. Dezember, tagte in Naumburg eine öffentliche Maurerversammlung. Der Vortrag zeigte wieder die Interesslosigkeit der hiesigen Kollegenchaft in Bezug auf ihre wirtschaftlichen Verhältnisse. Kollege F. a. b. aus Leipzig referierte über: "Die wirtschaftlichen Zustände im Maurergerbere". Er beleuchtete die Schwierigkeit der langen Arbeitszeit, die ungünstigen Schlafverhältnissen auf den Bauteilen und das heute den Arbeiter nicht mögliche Urlaubsrecht. H. L. e. wies er darauf hin, daß an der Arbeitszeit immer mehr Forderungen gestellt würden, indem die Steuer sowie die Miete erhöht, die Lebensmittel verstärkt würden. Die Arbeitslöhne müssten so viel wie möglich ansteigen. Aus dieser beobachteten Thatsache ergibt sich in Notwendigkeit die Pflicht, sich zu organisieren, um dem Ausbeutungssystem entgegen zu treten, denn die Arbeiter sind in der Verbesserung ihrer Lage ganz allein auf sich angewiesen. Zum Schluß fordert er die hiesigen

Mitgliederversammlung, die heimliche Geisen zu fördern, die Arbeiterschaft in Bezug auf ihre wirtschaftlichen Verhältnisse. Kollege F. a. b. aus Leipzig referierte über: "Die wirtschaftlichen Zustände im Maurergerbere". Er beleuchtete die Schwierigkeit der langen Arbeitszeit, die ungünstigen Schlafverhältnissen auf den Bauteilen und das heute den Arbeiter nicht mögliche Urlaubsrecht. H. L. e. wies er darauf hin, daß an der Arbeitszeit immer mehr Forderungen gestellt würden, indem die Steuer sowie die Miete erhöht, die Lebensmittel verstärkt würden. Die Arbeitslöhne müssten so viel wie möglich ansteigen. Aus dieser beobachteten Thatsache ergibt sich in Notwendigkeit die Pflicht, sich zu organisieren, um dem Ausbeutungssystem entgegen zu treten, denn die Arbeiter sind in der Verbesserung ihrer Lage ganz allein auf sich angewiesen. Zum Schluß fordert er die hiesigen

Mitgliederversammlung, die heimliche Geisen zu fördern, die Arbeiterschaft in Bezug auf ihre wirtschaftlichen Verhältnisse. Kollege F. a. b. aus Leipzig referierte über: "Die wirtschaftlichen Zustände im Maurergerbere". Er beleuchtete die Schwierigkeit der langen Arbeitszeit, die ungünstigen Schlafverhältnissen auf den Bauteilen und das heute den Arbeiter nicht mögliche Urlaubsrecht. H. L. e. wies er darauf hin, daß an der Arbeitszeit immer mehr Forderungen gestellt würden, indem die Steuer sowie die Miete erhöht, die Lebensmittel verstärkt würden. Die Arbeitslöhne müssten so viel wie möglich ansteigen. Aus dieser beobachteten Thatsache ergibt sich in Notwendigkeit die Pflicht, sich zu organisieren, um dem Ausbeutungssystem entgegen zu treten, denn die Arbeiter sind in der Verbesserung ihrer Lage ganz allein auf sich angewiesen. Zum Schluß fordert er die hiesigen

zeit die Arbeitssunden vor der Frühstückspause mit ihrer geringen Unfallgefahr hervor, es arbeiten dieselben Personen in denselben Betrieben bei gleichen Unfallverhütungs-Vorschriften. Es gibt keine andere Erklärung dafür, als daß allein durch die Sicherheit der Arbeiter die Gefahr einer Arbeitssunde vor der Frühstückspause auf fast ein Drittel herabgesetzt wird. In ähnlichen Urfällen liegt die größere Gefahr an den Montags. Ausgerichtet und gefasst durch den Sonntag, sollte der Arbeiter am Montag der geringsten Gefahr ausgeglichen sein; da sich das Gegenteil zeigt, so kommt man zu Hypothesen zu der Annahme, daß die Folgen der Sonntagsfreuden vielleicht gar schädliche Wirkungen und die Gewohnheiten des blauen Montags die Unfallgefahr am Montag so erheblich vergrößern. Wenn man bedenkt, daß das Berliner Hochbaugewerbe jährlich etwa eine Million Mark Entschädigung für Unfälle seinen Arbeitern zahlt, so kann man leicht entnehmen, wie viel Gold die Morgenfrüchte im Munde haben sollen für die Bauarbeiter der Berliner, und wie viel ein mittlerer Arbeiter mehr werts ist als ein anderer, ungerichtet der Wert der Gesundheit und des Familienglückes der Bevölkerung.

Dieses Verfahren, die Ursachen der Unfallhäufigkeit zu ergründen, ist ein völlig willkürliches. Über es liegt System darin; es ist darauf hinzufügt, daß schweren Vergehungs- und Unterlassungssünden zu verscheltern, deren das Unternehmertum gegen die Arbeiter im Sinne der Unfallverhütung so schuldig macht. Demagogische Heuchelei ist's, wenn die Berufsgenossenschaften unter Erfahrung auf ihnen erlassene „Unfallverhütungsvorschriften“ und die von ihnen gegebene „Betriebsüberwachung“, verblüffen, sie hätten alles nur irgend Möglichkeit gehabt, Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen.“ Die tägliche Erfahrung lehrt das Gegenteil. Nicht nur, daß die Unfallverhütungsvorschriften, auch die Norddeutschen Bauernschaften Berufsgenossenschaft, mangelhaft und ungenügend sind, sie werden ebenfalls von den Unternehmern entweder garnicht, oder sehr langsam befolgt. Hierzu kommen noch andere Tatsachen als Unfallsachen, welche nicht den Arbeitern zur Last zu legen sind, vielmehr lediglich auf das Schuldtono der Unternehmer gesetzt werden müssen.

Etwas zugegeben, es ist richtig, daß die Stunden nach der Frühstück-, Mittags- und Nachspause eine Zunahme der Unfälle zeigen, was beweist daß? Etwas, daß die Arbeiter in diesen Pausen zu viel Spirituosen genießen, deren Wirkungen ihre Sicherheit bei der Arbeit beeinträchtigen? Auf einzelne Arbeiter mag diese Annahme zutreffen, auf die Massen derselben aber trifft sie ganz gewiß nicht zu. Der schon zitierte Gewerberat Dr. Wolf schreibt die Zunahme der Unfälle nach den Pausen der Erfüllung der Nerventätigkeit und der Muskelkraft während der dann erfolgenden Verdonnung zu. Darin hat er recht. Dies beweist jedoch nur, wie notwendig es ist, entweder die Gipfpausen länger zu bemessen, oder sie ganz zu be seitigen unter entsprechender Verkürzung des Arbeitsstages.

Die sehr üblichen Gipfpausen sind fast durchweg eine Ironie auf den Begriff „berufliche Körperpflege“. Sie reihen in der Regel gerade aus, daß der Arbeiter sich den Magen stört, um den Hunger zu befriedigen. Oft muß er seine Mittagsmahlzeit förmlich herunterdringen, um nur ja rechtzeitig wieder an der Arbeit zu sein. Das soll eine natürlich widerstandsfähige Ernährungswelle, zu der der Arbeiter durch das Arbeitsverhältnis verurteilt ist, seine Leistungsfähigkeit und Sicherheit unmittelbar nach den Gipfpausen bedeutungslos machen. Schon eine Zugabe von einer Viertelstunde zu dieser Pause ist von erheblichem guten Einfluß. Befremdet bemerkte kürzlich der „Soziale Preußl.“, daß von zwei Betrieben mit gleicher Arbeitszeit und fast gleichen Ernährungen der, der eine vierstündige Vor- und Nachmittagspause giebt, mehr Unfälle und mehr schweren Verlust haben wird, als der, der eine halbstündige Vor- und Nachmittagspause giebt.

Das gezeigte freilich wäre, die Gipfpausen ganz oder wenigstens fast ganz überflüssig zu machen. Das ist sehr wohl möglich. Man läßt den arbeitsfähigen Arbeitsstag ein. Damit allein wäre freilich noch nicht geleistet. Der Arbeiter muß im Stande sein, entsprechende Zeit vor Beginn der Arbeit eine kräftige Nahrung zu sich zu nehmen und auch nach der Arbeit der guten Ernährung zu obliegen. Regelmäßige und regelmäßig gut genäht, wie ich eine einheitliche achtstündige Arbeitszeit mit vielleicht einstündiger Unterbrechung, die aber nicht der Erholung als der Sättigung zu dienen hätte, auszufallen vermögen. Und erweist sich die achtstündige Arbeitszeit als zu lang, so nehme man eine siebenstündige.

Allerdings, das ist ein Kapitel, von welchem die Unternehmer nichts hören mögen. So viel aber steht fest, daß die Frage, wie die Arbeitszeit verhältnisweise zu regeln ist, nicht getrennt kann von der Frage betreffend die Verbesserung der Lebensweise des Arbeiters. So lange der Arbeiter auf schlechte, ungenügende Nahrung angewiesen ist, hat er das natürliche Bedürfnis nach stärkerer Sättigung, also auch nach Gipfpausen zwischen den Arbeitsstunden. Dann aber sollen diese Pausen wenigstens entsprechend lang bemessen sein.

Die Statistik der Norddeutschen Bauernwerks-Berufsgenossenschaft erweisen sich übrigens als schwierige Rechenkünster, denn „Bewohner statistischer Zahlen“. Sie sagen vor der Frühstückspause beträgt die Unfallziffer 18,2

vom Hundert, nach dieser Pause bis Mittag aber 28,5 vom Hundert. Dabei übersehen aber ignorieren sie die entscheidende Tatsache, daß die Arbeitszeit nach dem Frühstück bis Mittag fast noch einmal so lang ist (8 Stunden) als vom Beginn der Arbeit bis zum Frühstück (1½ bis 2 Stunden). Unfallziffer auf 1½ bis 2 Stunden 18,2 Prozent Unfälle, so ist es offenbar eine rechnerisch ganz gleichwertige Erklärung, wenn auf 8 Stunden Arbeitszeit 28,5 Prozent Unfälle kommen. Von einer Steigerung der Unfälle aus besonderen Ursachen kann da nicht die Rede sein.

Natürlich ist der Unfall in der Zeit von Bespre bis zum Feierabend zu beachten, daß dann die Kraft des Arbeiters bereits die Erfüllung noch ist; seine Nerven ermüden, seine Muskeln erschlaffen, seine Widerstandsfähigkeit fällt nach und zwar um so schneller, je mehr er den aufreibenden Einschlaf der Müdigkeit zu denken seines Berufs ausgefüllt ist. Dazu kommt, daß erfahrungsgemäß auf den Bauten die Hegerer und Untreiber gerade in den letzten Arbeitssunden ihres Höhepunkts ereichten.

Aber der Montag, der böse Montag, wo die Folgen der Sonntagsfreuden und die „Gewohnheiten des blauen Montags“ sich geladen machen! Die höchste Unfallziffer, 18,7 vom Hundert, wird ihm zugerechnet. Mag sein, daß diese Berechnung stimmt. Aber der Montag ist der Tag, an welchem in der Regel neue Arbeiter eingestellt werden. Unter diesen befinden sich erfahrungsgemäß oft, besonders gelegentlich von Bauarbeiterbewegungen, viele ungeübte Arbeiter, die nicht in der erforderlichen Weise mit den Betriebsgefahren zu rechnen wissen. Die Unternehmer fragen nichts daran, solche Arbeiter einzustellen, um den Forderungen der besseren und tüchtigeren Arbeiter zu begegnen. Ja, lediglich die Erringung des höheren Profils bestimmt Unternehmer auch außerordentlich oft genug ungeübte Arbeiter anzunehmen, weil vielleicht mit niedrigerem Lohn sich abstellen lassen und der weitgehenden Ausdehnung sich unterwerfen. Und wie gefaßt, die Annahme dieser Arbeiter, wie anderer, erfolgt in der Regel Montag! Wir sind geneigt, die Höhe der Unfallziffer, welche diesen Tag charakterisiert soll, hauptsächlich mit daraus zurückzuführen, daß manche Arbeiter infolge ihrer Ungefährlichkeit Unfälle erleiden. Ueberhaupt ist dieser Umstand bei Feststellung der Unfallziffern ganz erheblich mit in Betracht zu ziehen. In welchem Maße die Auffordern Unfallgefahr in sich schlägt, haben wir schon oft nachgewiesen.

Viele Verfälle des Gewerbebeamten enthalten fast alles, was wir hier angeführt haben, um umwundene Bedingungen. Alles in Allem: Die Ursachen der Betriebsunfälle liegen hauptsächlich im kapitalistischen Ausbeutungssystem, in der Profitsuche des Unternehmers. Selbst für das Baudienstleistungs- oder die Beliebung mancher Arbeiter, übermäßig Alkohol zu genießen, ist dieses System verantwortlich. Dieses Verhältnis dieser Neigung entspricht in der Regel übermäßiger Anstrengung bei der Arbeit und schlechter, ungenügender Lebenshaltung.

Wenn den Unternehmernum die Gesundheit und das Familienglück der Arbeiter wirklich etwas gelten, so würden sie nicht in solch oft geradezu brutaler Weise, als es geschieht, sich den Bemühungen der Arbeiter, eine menschentüchtige Ernährung zu erringen, widersetzen. So in dem Zusammenhange von Gesundheit und Familienglück der Arbeiter zu sprechen, als der Vorsitz der Norddeutschen Bauernwerks-Berufsgenossenschaft es ist, das ist Thorheit oder - Heuchelei.

### Aus dem Reichstage.

Berlin, 16. Dezember.

Heute hat die am Montag begonnene erste Berathung des Staates ihr Ende erreicht. Der Reichstag ist sodann bis zum 10. Januar in die Rente gegangen. Die Staatsberatung gestaltete sich immer zu einer Generaldiskussion über die inner- und äußerpolitische Lage, die Politik und die Forderungen der Regierung, sowie über politische und sozialpolitische Fragen aller Art. Diesmal war das in ganz besonderer Weise der Fall. Vor dem schon allein die Chronik redete, womit der Reichstag eröffnet worden, dazu ein reiches Material!

Die Debatte ward eingeleitet durch eine längere Rede des Schatzräters Freiherrn v. Bismarck, der den Nachwuchs zu führen vertraute, daß unsre wirtschaftliche Lage in Allgemeinem sich sehr günstig gestaltet habe. Zweck dieser Darlegungen war, Stimmung für die Militärvorlage der Regierung zu machen. Es kam ja allerdings von einem „wirtschaftlichen Aufschwung“, gesprochen werden. Der Kapitalismus ist wieder einmal in ein Stadium größter Rentabilität eingetreten. Aber die Arbeiterklasse hat bis jetzt von diesem Aufschwunge wenig Vortheil gehabt.

Der erste Redner aus dem Hause der Zentrumsgesellschaften berichtigte, es auf die angekündigte „Buchthausvorlage“ einzugehen. Der nachfolgende Redner, Abgeordneter Richter (freilinige Volkspartei) widmete derselben einige Bemerkungen. Er sagte: „Sehr auffällig erscheint, daß diese Vorlage angekündigt wird, obwohl sie dem Bundesrat noch gar nicht vorgetragen hat. Man kann doch nicht von der sicherer Annahme eines Gesetzes sprechen, von dem man noch gar nichts weiß, wie es aus dem Bundesrat herborgethe wird. Man hätte die Vorschläge sein sollen, zumal der Gesetzesentwurf schon in seiner Vorschlagsidee recht merkwürdige Dachten herborgethe hat. Der Schein des gewöhnlichen Arbeitsverhältnisses ist eine rein thätsächliche Frage, die man-

gar nicht darart aufzubauen sollte, wie es bisher geschehen ist. Wenn man glaubt, hier ohne ein neues Gesetz nicht auskommen zu können, so müßte man zunächst nachweisen, daß die bestehenden Strafbestimmungen hier nicht ausreichen. Dieser Beweis ist aber bisher in keiner Weise geführt werden.“

Hierauf antwortete der Staatssekretär des Innern, Graf Posadowsky: Die verbündeten Regierungen seien sich vollkommen einig darin, daß Schutzmaßnahmen gegen Bergewaltigung Arbeitswilliger getroffen werden müßten. Es sei ein „betrügerische Verbrechungen“ (19), wenn in der Presse behauptet werde, es handle sich um eine Bergewaltigung der Coalitionsfreiheit; das sei nicht wahr, die Freiheit sollte und müsse „vor allen erhalten bleiben“. Nach Absicht des Unternehmertums und der reaktionären Partei soll das aber nicht der Fall sein; sie wollen ein Gesetz zum Zwecke der Verhinderung der Streiks und der Unterdrückung der Arbeiterschaft. Sehr bedenklich ist, daß Graf Posadowsky unter dem Befall der reaktionären Partei hinzufügt: „Wir wollen nicht dulden, daß die Sozialdemokratie stattliche Wangerungsfragen im Deutschen Reich erhebt.“ In diesen Worten, welche die Tendenz des anstrebenden Gelehrtenkreises kennzeichnen, ist die alte bekannte Unwahrheit wiederholt, daß die Sozialdemokratie sich der gewerkschaftlichen Organisation und Koalition der Arbeiterschaft bedient, um Ewing auf die Arbeiterschaft auszuüben. Sozialdemokratie ist nunmehr offiziell der Kampf gegen den angeblichen „Terrorismus“ hinzugetragen, völlig willkürlich als ein Kampf gegen die Sozialdemokratie erachtet worden.

Der nationalliberalen Abgeordneten Wägmann meinte, von einer Einschränkung des Koalitionsrechtes durch nicht die eine Partei werde einer solchen folgen, die nicht zustimmen. „Über gegen den Terrorismus muß Schutz geschaffen werden.“ Nunmehr das alte Spiel mit Wörtern, unter Auslegung der Begriffe!

Der erste Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Abgeordneter v. Pollmar, stellte dieses Spiel in das rechte Licht. Er führte aus, daß es sich thätsächlich nur um einen Angriff auf das Koalitionsrecht handeln könne. Graf Posadowsky hatte in seiner Rede u. A. bekannt, kein Kulturstift könne ohne das Koalitionsrecht bestehen. Pollmar bemerkte diesbezüglich, daß das Koalitionsrecht nur ein Theil der Arbeit ist, daß alle Baudarbeiter, das ganze Gewerbe und andere Arbeiter von diesem Rechte Gebrauch machen. Wie sich das mit der Erfahrung des Staatssekretärs vereinbaren lasse. Der Redner fuhr fort: „Die Verfehliger der zu erwartenden Vorlage führen vorwiegend so, wie wenn in Deutschland die Streiks gar kein Ende nehmen, wie wenn sie massenhaft aus reiner Boshaftigkeit und aus Muthwillen unternommen würden, wie wenn die sozialdemokratische Partei ganz größeres Vergnügen empfände, als das vorzügliche Streik überall auszublasen, und als ob ganz unbekannte die streitenden Arbeiter keine Widerstand in Terroristus wären, während im Gegenzug hierzu die lüderlichen, die reine Baudarbeiter und die Geschäftigkeit selbst wären. Von alledem ist doch das Gegenteil wahr. Es gibt einen Terrorismus in Deutschland, und das ist der Terrorismus des Kapitals gegen die Arbeit in erster Linie und in zweiter Linie gegen das ganze konsumirende Volk, und wenn es eine Macht am Reiche giebt, die wie der Herr Staatssekretär gegen sie vorgeht, obgleich sie gewisslich eine gewisse Schwäche aufweist, so finden wir, daß sie gegen die Arbeit in jedem Falle besser ist. Mit worten sagen, ob die Herrn die Konfession aus ihrem eigenen Willen ziehen und gegen die Macht des Gelehrtenkreises vorlegen werden. Die Baudarbeiter in diesen Dingen ist fürzugeben, daß sie angefangt das Regelung des Unternehmertums mit eindrucksvollen Ausführungen, sehr erheblich mit in Betracht zu ziehen. In welchem Maße die Auffordern Unfallgefahr in sich schlägt, haben wir schon oft nachgewiesen.“

Die Verfehliger der zu erwartenden Vorlage führen vorwiegend so, wie wenn die Baudarbeiter, die Geschäftigkeit selbst wären. Wenn sie massenhaft aus reiner Boshaftigkeit und aus Muthwillen unternommen würden, wie wenn die sozialdemokratische Partei ganz größeres Vergnügen empfände, als das vorzügliche Streik überall auszublasen, und als ob ganz unbekannte die streitenden Arbeiter keine Widerstand in Terroristus wären, während im Gegenzug hierzu die lüderlichen, die reine Baudarbeiter und die Geschäftigkeit selbst wären. Von alledem ist doch das Gegenteil wahr. Es gibt einen Terrorismus in Deutschland, und das ist der Terrorismus des Kapitals gegen die Arbeit in erster Linie und in zweiter Linie gegen das ganze konsumirende Volk, und wenn es eine Macht am Reiche giebt, die wie der Herr Staatssekretär gegen sie vorgeht, obgleich sie gewisslich eine gewisse Schwäche aufweist, so finden wir, daß sie gegen die Macht des Gelehrtenkreises vorlegen werden. Die Baudarbeiter in diesen Dingen ist fürzugeben, daß sie angefangt das Regelung des Unternehmertums mit eindrucksvollen Ausführungen, sehr erheblich mit in Betracht zu ziehen. In welchem Maße die Auffordern Unfallgefahr in sich schlägt, haben wir schon oft nachgewiesen.“

Stimmen dann der sozialdemokratische Abgeordnete Graf Bismarck im Hause der Zentrumsgesellschaften und ihrer „Bergewaltigung Arbeitswilliger“ bei der Beratung des Koalitionsrechtes der Arbeiterschaft ein, so ist die Zahl der Streiks durchaus nicht eine besonders große. Nach einer Berechnung wird der Eintritt an Arbeitsstagen im Jahre ungefähr 1,5 Millionen betragen haben, während die Gesamtarbeitsstunden der deutschen Arbeiter 1800—2000 Millionen betragen. Ebenso ist die Verfehlung wegen Zuüberbelastungen gegen das Koalitionsrecht eine nicht weniger als große. Wenn die Materie zur Verhandlung steht, werden wir Ihnen durch genügendes Material beweisen, daß zum größten Theil die Regierung dahin gelangt ist, daß man längst sagen kann: § 152 ist den deutschen Arbeitern das Koalitionsrecht, die Ausübung ist ihnen aber verboten. Daß der Streik in Deutschland in letzter Zeit zur Verfehlung des Vereinigungsrechtes der Arbeiterschaft unternommen wird. Auch ist die Zahl der Streiks durchaus nicht eine besonders große. Nach einer Berechnung wird der Eintritt an Arbeitsstagen im Jahre ungefähr 1,5 Millionen betragen haben, während die Gesamtarbeitsstunden der deutschen Arbeiter 1800—2000 Millionen betragen. Ebenso ist die Verfehlung wegen Zuüberbelastungen gegen das Koalitionsrecht eine nicht weniger als große. Wenn die Materie zur Verhandlung steht, werden wir Ihnen durch genügendes Material beweisen, daß zum größten Theil die Regierung dahin gelangt ist, daß man längst sagen kann: § 152 ist den deutschen Arbeitern das Koalitionsrecht, die Ausübung ist ihnen aber verboten. Daß die heutige zum Schein bestehende Koalitionsrecht zu einem wirtschaftlichen Koalitionsrecht gemacht wird! Die Schwierigkeiten, die den Gewerkschaften, den Organisationen der Arbeiter, die der Baudarbeiter, die Streiks sind, bereitstehen, müssen ebenfalls befürchtet werden.“

Nachdem dann der sozialdemokratische Abgeordnete Graf Bismarck im Hause der Zentrumsgesellschaften und ihrer „Bergewaltigung Arbeitswilliger“ bei der Beratung des Koalitionsrechtes der Arbeiterschaft ein, so ist die Zahl der Streiks durchaus nicht eine besonders große. Wenn die Materie zur Verhandlung steht, werden wir Ihnen durch genügendes Material beweisen, daß zum größten Theil die Regierung dahin gelangt ist, daß man längst sagen kann: § 152 ist den deutschen Arbeitern das Koalitionsrecht, die Ausübung ist ihnen aber verboten. Daß die heutige zum Schein bestehende Koalitionsrecht zu einem wirtschaftlichen Koalitionsrecht gemacht wird! Die Schwierigkeiten, die den Gewerkschaften, den Organisationen der Arbeiter, die der Baudarbeiter, die Streiks sind, bereitstehen, müssen ebenfalls befürchtet werden.“

Also wohlgemerkt, nicht gegen „Terrorismus“, nein, gegen Streiks soll das Gesetz gemacht werden und zwar,

indem man den alten hämmerlichen Humbug weiter treibt, die Sozialdemokratie für die Streiks verantwortlich zu machen.

aber kann die Karre gar nicht verlassen werden, als es Herr

b. Körber dagegen hat. Über trocken; Das Koalitionsrecht der Arbeiter soll „unangefasst“ bleiben!!!

Selbst der so sehr zähne Abgeordnete M. erkennt von der freimütingen Vereinigung, daß es genügt, dem Staatssekretär folgende Vorworte zu machen:

In Bezug auf das Gesetz zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses hat der Herr Staatssekretär des Innern hier die Erfahrung gemacht, daß man an einen Angriff auf das Koalitionsrecht nicht denkt. Es will aber daran erinnern, daß es zunächst gilt, das bestehende Koalitionsrecht zu erhalten. Das kann doch nur auf eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit hinzuastufen.

Um keinen Tag der Verhandlungen ging der zweite sozialdemokratische Redner, Abgeordneter Weigel, nochmals auf diese Frage ein, indem er es als geradezu unfaßbar bezeichnete, wie man beständig von „Arbeiter“ „Terrorist“ und „Putschisten“ könne, wo doch lediglich ein Unternehmer-Terrorist in A. wohrgenommen jahnschreitender Art zu bekämpfen sei. Er sagte u. a.: Seit den Meiden in Wiesfeld und Düsseldorf urtheilt ein großer Theil unserer Richter geradezu auf Kommando. Bei der Mehrzahl der Abgeordneten sprach S. 168 gar keine Rolle mehr; da werden nach dem Friedensungsparagrafene, dem Bedrohungsgesetz, Erpressungsgesetz, Abschaltung, Parteiverleihungsparagrafene von den Gerichten, die sich als Staffelgerichte herausgestellt haben, unerhörte Urteile gefällt. Da haben Sie es nicht nötig, noch an neue Strafbestimmungen zu denken.

Schließlich kommt der antisozialistische Rabkopfpolitischer, der Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg, es nicht untersieht, seiner Freude über die zu erwartende Aufschlagsvorlage Ausdruck zu geben. Die läppischen Aussüte dieses Menschen bei den Sozialdemokraten sind nicht der Erwähnung wert. Se entstammt dem Gattungsverständnis schon eine Prädilektion zu den Debatoren, welche diese Vorlage selbst veranlaßt wird. Wann das geschehen wird, läßt sich noch nicht sagen.

### Zur Beitragsfrage,

Kollege Gr. Kahl aus Duisburg schreibt: Noch der bis ins „Grundstein“ registrierten Diskussion über die Beitrags erhöhung haben sich die meisten Bahnhöfen für eine Erhöhung ausgedrückt. Ob aber eine Erhöhung in dem Sinne, wie sie von den meisten Bahnhöfen vorgeschlagen ist und darnach ja auch wahrscheinlich vom Verbandsstage beschlossen wird, unseres Verbands zum Vorbehalt gestellt, möchte ich sehr beweisen. Ich bin vielmehr mit dem Delegaten Paul der Überzeugung, daß wir Kaufleute von Mitgliedern verlieren würden. Ich bin auch für Erhöhung des Beitrags, aber nicht lediglich zur Unterstützung des Streiks, sondern zu anderen Unterstützungsweisen, um die Mitglieder an die Organisation zu fesseln. Dass das Delegat einer unserer Hauptauflagen sehr nahe steht uns am besten der Geschäftsführer des Vorstandes für 1895/96. Darnach sind im Jahre 1896 rund 27 000 Mitglieder neu eingetreten, während die durchschnittliche Mitgliederzahl dieses Jahres nur 26 800 beträgt, und das bei einer Durchschnittsmitgliederzahl von 15 860 im Jahre 1895. Aehnlich, wenn auch nicht ganz so schlimm, werden die Verhältnisse im Jahre 1897/98 liegen, und nicht allein in unserer Organisation, sondern vor allen, die ihren Mitgliedern nur Unterstützung bei Streiks gewähren. Das wird in erster Linie bestrebt sein müssen, die eingetretenen Mitglieder dem Verband zu erhalten, wobei mir doch wohl jeder zugeben müßte, und das kann nur dadurch geschehen, daß wir den Mitgliedern angenehme Unterstützungen bieten. Daburch würde an den einzelnen Orten ein besserer Stammbasis der Organisation geschaffen, weil namentlich die verstreuteten Kollegen sich mehr der Organisation anschließen und desselben dann auch treu bleiben würden. Daburch halten denn noch die Geschäftsräder fest und auch die Mehrzahl der „christlichen“ und „patriotischen“ Organisationen ihre Mitglieder? Doch nur durch das Unterstützungsweisen. Doch unser Verband dadurch den Charakter einer Kampfsorganisation verlieren würde, brauchen wir wohl nicht zu befürchten, bagegen würde unsere Leitung schon fürsorglich treffen. Ich bin der Ansicht, daß auch in unserem Verband der Anfang mit einer minimalen Arbeitslohnunterstützung gemacht werden kann, schließlich werden wir doch dazu überreden müssen, denn es beweist uns doch die Statistik der Generalkommission, daß verhältnismäßig diejenigen Organisationen, welche Arbeitslohnunterstützung gewähren, den größten Prozentsatz der Berufsgenossen als Mitglieder aufgewiesen haben. Allerdings sage auch ich hier mit dem Kollegen Preißler, daß dazu die es jetzt von den einzelnen Bahnhöfen vorgeschlagenen Beitrags erhöhungen nicht ausreichen, doch sind dieselben ja auch in diesem Sinne nicht gerecht. Ich bin also der Überzeugung: Wird der nächste Verbandsstag die Beiträge nur zum Zwecke der Streikunterstützung erhöhen, so werden wir schwere Verluste an Mitgliedern zu verzeichnen haben. Werden die Beiträge erhöht, um damit die Arbeitslohnunterstützung einzuführen, so wird dieje von großen Vorbehalt für unsere Organisation sein. Wohlhabendes erwähnt ich es überaupt, die Arbeitslohnunterstützung mit auf die Tagesordnung des nächsten Verbandsstages zu setzen.

Zum zweiten Male beschäftigte sich die Bahnhofe Garburg in ihrer Mitgliederversammlung am 8. d. M. mit der Beitragsfrage. Der erste Debattant machte auf die vieler Erörterungen anderer Städte im Prolog („Grundstein“) aufmerksam, auch erinnerte er an die Debatte in der Mitgliederversammlung vom 27. Oktober d. J. Er selbst stieß auf dem Standpunkt, daß wir einen einfachen, stufenaufwärts steigenden Beitrag haben müssten, um die jüngeren Kollegen mehr zur Unterstützung der um bessere Lohns und Arbeitsverhältnisse

ringenden heranzuziehen. Dazu wohl in den kleineren Orten von zirka 150 Kollegien besucht. Die Kollegen Berg, Wibba, Seck, Meier, Fid, Wegener, Schuhmacher und Bering sprachen sich für Erhöhung der Beiträge aus. In welcher Form bleibe zu gestalten habe, darüber gingen die Meinungen auseinander. Die meiste Stimme war für Erhöhung der Beiträge um so viel, daß der Streifondsbetrag in Wegfall kommen kann. Vorschläge wurden gemacht auf Erhöhung um 5  $\Delta$ , unter Beibehaltung des Streifonds, auf 80  $\Delta$  oder 40  $\Delta$ , oder aber: jedes Mitglied zahlt einen Stundenlohn als Verbandsbeitrag. Diese Vorschläge waren als Anträge eingebracht, die Verhandlung kam jedoch nicht zu einem bindenden Besluß, sondern nahm folgende Resolution gegen eine Stimme an: „Die heutige Versammlung ist nach den Aussführungen der verschiedenen Redner zu der Ansicht gekommen, daß es unbedingt im Interesse des Organisations liegt, den Beitrag zu erhöhen. Die Versammlung nimmt davon Abstand, Genaueres hörbar zu beschließen, und gibt dem Delegatenten der Zentralstelle Bremen die Freiheit, nach seinem Willen und nur zum Welsen des Streifonds obligatorisch ein, oder wie erhöhen die Beiträge um 5 bis 10  $\Delta$ . Auch Kollege Wenziger sprach für einen einheitlichen, festen Beitrag und erinnerte an die Beitrags eröfung vor einigen Jahren; daß die Rektoratser der Mitglieder förlärbere dann die unterstützungsfähige Buchdrucker-Organisation, von der wie Manches lernen können, und empfahl, alle Kleinsten fallen zu lassen, auch ist der Meinung, daß bei der Entsendung von Delegierten mancher Thaler gebaut werden können und wünscht, daß die Kollegen, die ihren regelmäßigen Beitrag entrichten hätten, bei etwaigen Vorconventionen nicht erst 14 Tage auf ihre Unterstützung warten müssen, sondern vom ersten Tage an ihr Geld bekommen. Kollege Krause wünscht die Beiträge für Garburg pro Woche auf 40  $\Delta$ , das Jahr zu 40 Beitragswochen gerechnet, festgesetzt, das macht das Jahr zu 16 und 1/4 extra für unsere Ausgaben, zusammen M. 17, ist aber der Meinung, daß dieser Maß auf die Dauer nicht auskommen zu können, da wir das Kartell, Bauarbeiterkongress, Lohnkommission und noch andere Kleinstellen zu bestreiten haben. Kollege Wollgram ist ebenfalls für einen einheitlichen wöchentlichen Beitrag und wünscht, daß die Arbeitslohnunterstützung mehr gegeben werden möge. Die verstreuteten Kollegen hingen viel fest an ihrer Organisation, wenn sie wählen, sie hätten einen festen Hinterhalt. Er empfahl den Delegierten zum Verbandsstage, dies dort zu empfehlen. Der Antrag Krause, die niedrigste Beitragsstufe auf 20  $\Delta$ , die höchste auf 40  $\Delta$  pro Woche seitens der Delegierten zur Kenntnis gebracht werden; es soll ihm aber überlassen bleiben, ob er dafür eintreten will oder nicht.

In Wiesbaden wurde beschlossen, für eine Beitrags erhöhung von 5  $\Delta$  wöchentlich, unter Beibehaltung des Streifonds, einzutreten. Die Zentralstelle Nordhausen beschloß in ihrer Mitgliederversammlung am 11. d. M., für die Bekämpfung des Streifondsbetrages einzutreten, aber zu empfehlen, daß der wöchentliche Beitrag auf 45  $\Delta$  festgesetzt wird. Ein Antrag, die Beitragsstufe auf 44 Wochen anzutreiben, und daß von den Einnahmen nur 20 p $\%$  am Ort verbleiben, soll den die Zentralstelle vertretenden Delegierten zur Kenntnis gebracht werden; es soll ihm aber überlassen bleiben, ob er dafür eintreten will oder nicht.

In Wiesbaden wurde beschlossen, für eine Beitrags erhöhung von 5  $\Delta$  wöchentlich, unter Beibehaltung des Streifonds, einzutreten.

Die Kreisversammlung für den Kreis Gr. Gerau wünscht, unter Beibehaltung des Streifonds, den Wochenbeitrag um 5  $\Delta$  zu erhöhen. Einem Beitrag von 15  $\Delta$  wöchentlich für Kollegen, die bis zu M. 8 verbleiben möchten die Zentralstelle Salzdahlum; wo mehr verbreitet wird, sollen die Kollegen 20—25  $\Delta$  zahlen.

Die Kollegen in Minden-Helmarshausen sind zwar gegen eine Erhöhung der wöchentlichen Beiträge, empfehlen aber die obligatorische Erfüllung des Streifondsbetrages.

Die Zentralstelle Höxter a. M. kam zu dem Besluß, daß der wöchentliche Beitrag für Höxter nicht höher als 20  $\Delta$  sein darf. Daneben sollen die Mitglieder verpflichtet werden, maximal eine Streifondssumme zu haben.

Die Zentralstelle Hamburg hielt am 8. Dezember eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Es wurde über die Beitragsfrage abgestimmt. Der Vorsitzende gab im Namen der Versammlung die Erklärung ab, daß sie für eine Erhöhung der Beiträge nicht eintreten könne, auch nicht für Einführung obligatorischer Streifondsmarken, weil dieses ja ganz dasselbe sei.

Jede Zentralstelle kann dann die Streifondsbeträge nicht, so müsse es ebenso gut ausgeklossen werden rcp. keine Mitgliedsbrechte verlustig gehen, als wenn es die erhöhten Beiträge nicht zahle.

Eine erhebliche Verlust unserer Zentralstelle an Mitgliedern würde unausbleibliche Folge sein. Auch das fortwährende Streichen der Mitglieder wegen rückständiger Beiträge und das Wohnen in den höheren Wohnhäusern, daß sie es können, beweist, daß diese Kollegen fast durchweg Mitglieder der ersten Klasse der Krankenkasse sind. Hartwig führt aus, es sei eigentlich heute nicht unsere Aufgabe, darüber zu verhandeln, wie andere Zentralstellen, die durchweg den Antrag auf Erhöhung der Beiträge stellen, ebenso hohe Wochenbeiträge zahlen, wie die Mitglieder in den höheren Wohnhäusern; daß sie es können, beweist, daß diese Kollegen fast durchweg Mitglieder der ersten Klasse der Krankenkasse sind.

Kollege Oldag beantragte in einer Versammlung der Zentralstelle Wilhelmshöft, Beitrag für die Monate Mai, Juni, Juli, August, September und Oktober zu erheben. Er soll betragen bei einem Lohn bis zu M. 20  $\Delta$ , von M. 1—4  $\Delta$  von M. 4—5 20  $\Delta$  und von M. 5—6 M. 1. Dieser Beitrag soll unverzüglich an die Hauptstelle abgeführt werden.

Die Zentralstelle Ergaften beschloß, in Vorbericht zu bringen, daß ein einfacher Beitrag von 80  $\Delta$  pro Woche eingeführt werde, der Streifondsbetrag aber in Wegfall komme. Die Kollegen in Frankfurt a. M. verpflichteten sich durch Versammlungsbeschuß, dafür einzutreten, daß ein wöchentlicher Beitrag von 40  $\Delta$ , unter Wegfall des Streifondsbetrages, eingeführt werde.

In Mühlhausen (Thüringen) beantragte Kollege Lindner, dem für die Wahlabschlüsse zu wählenden Delegierten den Antrag zu erheben, dafür einzutreten, daß das bisherige Beitragsstufen aufrecht erhalten bleibt. Sollte jedoch beobachtet werden, Streifondsbeträge nicht mehr zu erheben, dann soll die Sorge tragen für eine Erhöhung der wöchentlichen Beiträge in der Weise, daß der Aufschall ausgeschlagen wird, damit die Hauptstelle keine Einsicht erleiße.

Die Zentralstelle Bremen beschäftigte sich am Mittwoch, den 14. Dezember, mit der Beitragsfrage. Die Versammlung war von mehreren Kollegen bei einer Beitrags erhöhung abstimmt, sei möglich. Diese glaubte er durch eine kräftige, ausdrückende Aktion wieder heranziehen zu können. Kollege Preißler wies nach, daß die mittleren Städte, zu denen auch Garburg zugehören sei, bis jetzt das meiste Geld an den Hauptvorstand abgezahlt haben und warnt vor Nebenkosten der kleinen Städte, die diese meistens junge Organisationen haben und die Zahl der Mitglieder durch die zu hohen Beiträge erheblich zurückgehen würde. Nebner ist der Meinung, daß der verstreuteten Kollegen etwas mehr geboten werden müsse und erinnert an den Magdeburger Verbandsstag, wo sich die größeren Städte, wie Berlin, Berlin, Leipzig, und den Rosenthal aussprachen und diesen auch in ihren Orten einführten. Er weiß, daß von Berlin fast ganz kein Geld an den Hauptvorstand kommt. Mögen viele Städte mehr heranziehen, so müssen wir den freiwilligen Streifonds fallen lassen und an dessen Stelle etwas Festes, Einheitliches schaffen: entweder wir führen den Streifonds obligatorisch ein, oder wir erhöhen die Beiträge um 5 bis 10  $\Delta$ . Auch Kollege Wenziger sprach für einen einheitlichen, festen Beitrag und erinnerte an die Beitrags eröfung vor einigen Jahren; daß die Rektoratser der Mitglieder förlärbere dann die unterstützungsfähige Buchdrucker-Organisation, von der wie Manches lernen können, und empfahl, alle Kleinsten fallen zu lassen, auch ist der Meinung, daß bei der Entsendung von Delegierten mancher Thaler gebaut werden können und wünscht, daß die Kollegen, die ihren regelmäßigen Beitrag entrichten hätten, bei etwaigen Vorconventionen nicht erst 14 Tage auf ihre Unterstützung warten müssen, sondern vom ersten Tage an ihr Geld bekommen. Kollege Krause wünscht die Beiträge für Garburg pro Woche auf 40  $\Delta$ , das Jahr zu 40 Beitragswochen gerechnet, festgesetzt, das macht das Jahr zu 16 und 1/4 extra für unsere Ausgaben, zusammen M. 17, ist aber der Meinung, daß dieser Maß auf die Dauer nicht auskommen zu können, da wir das Kartell, Bauarbeiterkongress, Lohnkommission und noch andere Kleinstellen zu bestreiten haben. Kollege Wollgram ist ebenfalls für einen einheitlichen wöchentlichen Beitrags und wünscht, daß die Arbeitslohnunterstützung mehr gegeben werden möge. Die verstreuteten Kollegen hingen viel fest an ihrer Organisation, wenn sie wählen, sie hätten einen festen Hinterhalt. Er empfahl den Delegierten zum Verbandsstage, dies dort zu empfehlen. Der Antrag Krause, die niedrigste Beitragsstufe auf 20  $\Delta$ , die höchste auf 40  $\Delta$  pro Woche seitens der Delegierten sind einstimmig Annahme, doch wurde vorbehoben, daß wurde vorbehoben, daß dem bemüht zu wählenden Delegierten zum Verbandsstage, woher am 22. März n. J. zu Berlin stattfindet, kein bindendes Mandat mitgegeben sei.

In den am 8. November und 6. Dezember in Bremen bei Magdeburg abgehaltenen Versammlungen beschäftigten sich die Kollegen mit der Beitragsfrage. Sie wurden sich doch einig, die Beitragsstufen von 15  $\Delta$  auf 25  $\Delta$  zu erhöhen, unter Wegfall des Streifondsbetrages, da es offizielle Mitglieder gleicht, die sich nicht recht an den Streifondsbeträgen befinden. Die Zentralstelle Schwerin i. M. beschloß, sich für eine Erhöhung des Beitrags auf 20  $\Delta$ , die höchste auf 40  $\Delta$  pro Woche seitens der Delegierten zu empfehlen. Die Zentralstelle Salzdahlum ist ebenfalls für einen einheitlichen wöchentlichen Beitrags und wünscht, daß die Arbeitslohnunterstützung mehr gegeben werden möge. Die verstreuteten Kollegen hingen viel fest an ihrer Organisation, wenn sie wählen, sie hätten einen festen Hinterhalt. Er empfahl den Delegierten zum Verbandsstage, dies dort zu empfehlen. Der Antrag Krause, die niedrigste Beitragsstufe auf 20  $\Delta$ , die höchste auf 40  $\Delta$  pro Woche seitens der Delegierten sind einstimmig Annahme, doch wurde vorbehoben, daß dem bemüht zu wählenden Delegierten zum Verbandsstage, woher am 22. März n. J. zu Berlin stattfindet, kein bindendes Mandat mitgegeben sei.

Die Zentralstelle Hamburg hielt am 8. Dezember eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Es wurde über die Beitragsfrage abgestimmt. Der Vorsitzende gab im Namen der Versammlung die Erklärung ab, daß sie für eine Erhöhung der Beiträge nicht eintreten könne, auch nicht für Einführung obligatorischer Streifondsmarken, weil dieses ja ganz dasselbe sei.

Jede Zentralstelle kann dann die Streifondsbeträge nicht, so müsse es ebenso gut ausgeklossen werden rcp. keine Mitgliedsbrechte verlustig gehen, als wenn es die erhöhten Beiträge nicht zahle.

Einen erheblichen Verlust unserer Zentralstelle an Mitgliedern würde unausbleibliche Folge sein. Auch das fortwährende Streichen

**Nachruf.**  
Am 29. November verstarb nach schwerem Leiden  
unter Verbandsfolge  
**Wilhelm Keller**  
im Alter von 33 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
[M. 3,30] Die Zahstelle Trebbin.

**Nachruf.**  
Am 5. Dezember verstarb infolge von Gehirn-  
schwäche unter treuer Verbandsfolge  
**Karl Schauseil.**  
Friede seiner Asche!  
[M. 3,30] Die örtliche Verwaltung der Zahstelle Erfurt.

Am Donnerstag, den 8. Dezember, verstarb nach  
längstem Leben unter treuer Verbandsfolge  
**Clemens Kurth**  
im Alter von 38 Lebensjahren.  
Ehre seinem Andenken!  
[M. 2,70] Die Zahstelle Frankenberg i. S.

**Zahstelle Tempelhof.**  
Bei der Versammlung am 21. Dezember (Abends 8 Uhr)  
wird die Streikabfarter zwecks Abstempelung mitzu-  
bringen. Beiträge werden einzigen genommen.  
[M. 1,80] Die örtliche Verwaltung.

**Zahstelle Offenbach a. M.**  
Die Weisunterstützung wird ausbezahlt vom  
Kollegen Dasselmann, Ritterstr. 72, am Montagabend  
von 6-8 Uhr ab, an Sonntagen von 10-1 Uhr. [M. 1,60]

**Für reisende Kollegen.**  
Die Weisunterstützung wird vom Kollegen Georg Fröhling,  
Weingartenstr. 19 I., ausbezahlt. 25 q. Schloßfeld, wofür es eine  
Marke giebt, werden in klug gebrägt. Berühr und Herberge  
bei Herrn G. Thilo, Ritterstr. 2.  
[M. 2,10] Die örtliche Verwaltung Minden i. W.

**Leipzig. Beachtung! Leipzig.**  
Das Berichtsstätte der Maurer Leipzigs be-  
sitzt sich Große Fleischergasse 14, 1. Et.  
rechts. Alle den Verband der deutschen Maurer  
betreffenden Angelegenheiten, sowie die Auszahlung  
der Reiseunterstützung an zugereiste fremde Kollegen  
werden dasselbe erledigt.  
[M. 4,20] **G. Jacob**, Vertrauensmann.

**Zahstelle Oschersleben.**  
Der Maurer **Wilhelm Reichardt** aus Gr. Oters-  
leben wurde wieder in die Organisation aufgenommen, nachdem  
er versprochen hat, seine Pflicht als Mitglied in jeder Hinsicht  
nachzukommen. [M. 1,80] Die örtliche Verwaltung.

**Warnung.**  
Warne hiermit alle Zahstellenleiter und Kollegen vor  
dem Maurer **Wilhelm Denecke** (Württ.-Nr. 630 041).  
Derselbe hat von der hiesigen Zahstelle und mehreren Kollegen  
Geld erfordert und sich dann heimlich fortgemacht.  
[M. 2,10] Die örtliche Verwaltung Köln a. Rh.

**Bittfe.**  
Der Kollege **Heinrich Dresbach** in Sonnenberg  
hat Wiesbaden durch Feuer seine ganze Habe verloren und  
sieht daher den nach bevorstehender Weihnachtsfeier, sowie der  
fernerer Aufenthalt hängen Herzens entgegen. Kollege Dresbach  
ist der Hülfe dringend bedürftig und auch wichtig. Wir bitten  
alle Kollegen, ihr Scherflein zur Unterstützung der abgebrannten  
Familie beizutragen.

Zur Entgegennahme von Beiträgen ist der Bevollmächtigte  
der dortigen Zahstelle, Kollege **Heinrich Mehler**, Lang-  
gasse 9, bereit.

Die Zahstelle Sonnenberg b. Wiesbaden.

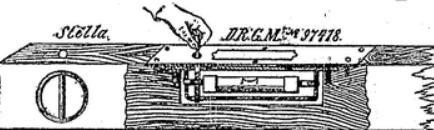
**Widerruf.**  
Die über den Kollegen Robert Schnitzo gehaltenen  
beleidigenden Äußerungen nehmen ich hiermit zurück und erkläre  
dieselbe für einen Freiemann.  
Schönebeck bei Berlin. II. Janicke.

**Zahstelle Nowawes.**  
Am unteren am 27. Dezember im Saale der Witte  
Simon stattfindende Verbandsball mit Kinder-  
versicherung findet nochmals die Mitglieder freimüchtig ein.  
Anfang 6 Uhr. Das Comité.  
[M. 2,10] Fremden ist der Eintritt nicht gestattet.

**Achtung, Stukkature Berlin!**  
Samstag, 25. Dez. (1. Weihnachtsfeierstag), Abends 8 Uhr,  
bei Baske, Grenadierstrasse 83:  
**Weihnachts-Vergnügen**  
(Vorträge, Tanz und Bescherung der Kinder).  
[M. 2,70] Zahlreichen Besuch erwarten Das Comité.

## Kahnt & Richter, Altenburg (S.-A.),

### Spezialfabrik für Wasserwagen, Senklothe etc.



Wir machen die gebräuchlichen Mauern und Bau-  
handwerker auf unser unter nebensiegender  
Nummer gesetzlich geschützte  
**Wasserwage** auf.  
anstrengend. Dieselbe kann der Ungemüdigkeit  
von Seidermann selbst regulirt werden!  
Sie haben in jeder Eisenwarenhandlung  
Bei Bedarf berufe man sich auf unsere Firma.

### Zum Schutze der Organisation gründete sich am 18. März 1891 nach dem blutigen Kampfe des Zaharbeiter um ihr Sozialrecht die **Jahakarbeiter-Genossenschaft** in Hamburg.

Die Genossenschaft zahlt keine Dividende; den von derselben  
Wohlförderung wird ein ausführlicher Zehn bezahlt, bei einer  
eventuellen Auflösung fällt das Vermögen an die Zaharbeiter-  
Organisationen. In Arbeiterorganisationen, Gewerkschafts-  
parteien, Arbeitersozialverbände eventuell direkter Verband zu  
Engrospreisen. Vertreter erhalten Provision.

Man achte genau auf die  
**Hausnummer 45.**

Eigene Fabrikation  
schwerer  
**Arbeitsgarderoben.**  
Anerkannte Qualitäten!  
Berühmt  
durch  
Solidität  
und  
Schnitt.  
\* \* \*  
**M. Mosberg**  
Bielefeld. Nur Breitlast 45.  
Versand  
portofrei  
gegen  
Nachnahme  
nach allen Plätzen.  
Extra schwere Isländer, Hemde,  
wasserdichte Blousen,  
Unterzeuge, Winterjackets.

Nur Breitlast 45. Ausrüstungen für Maurer!

Man achte genau auf die  
**Hausnummer 45.**

**Kollegen Deutschland!** Isländer, prima, 2 Schöner, M. 6.  
II (2 q. schwer) M. 4,80, III M. 2,50 portofrei. Streng reell. Nicht  
Gefälsch. keine retourn. Koff. Hohlfeld, Dresden-N., Ritterstr. 4.

**J. Blume & Co.,**  
Hamburg.  
EINGETRAGENE  
SCHUTZ-MARKE  
Täglicher Verband  
unserer bekannten, edt  
englisch - Iederher und  
Wandteile  
**Arbeits-Artikel**  
und Isländer Jacken.  
Mustcr  
u. Preislisten gratis.  
**J. Blume & Co.,**  
Hamburg.

**Leberhosen-Fabrikant**  
**W. Ad. Langer, Leubsdorf i. Sachs.**  
berichtet direkt an Private und Gewerkschaftsvereine portofrei  
zum Eingangspreis per Nachnahme seine benötigten

**Double-Leder-Hosen**  
in silbergrün, weiß und braun, ohne Abreißn., jamm-  
weich, mit praktischer Schniegatache und ledernen Seitenfächern,  
mit Gürtelringen genährt, mit vernickelten Patentknöpfen, ganz  
stark, Baar 24 q. Schöner, M. 4, mittelsch. Baar 2 Bälzer,  
M. 4,50. Mit Wäster-, Brots- und Auswachsebunden, je  
nach Wunsch, sehr gern zu Diensten. Angabe der Größe längste  
und Leibweite in cm genügt für guten Sit.

Geschäftsprinzip und Verbandsbedingung: Streng öffentlich  
und probengerechte Bedienung.

**Richard Katz,**  
Bachstr. 29. Mülheim a. d. Ruhr. Bachstr. 29.  
**Für Maurer und Zimmerer**  
empfiehlt in nur anerkannt guten Qualitäten und bester Verarbeitung  
Isländer, Blousen, schwer Lederhosen, Manchester-Hosen  
und Westen, Hemden, Lederoijpen, sowie sämmtliche  
Unterzeuge in großer Auswahl zu billigen Preisen.  
Verband nach allen Orten Deutschlands.  
**Richard Katz.**

### Weltberühmte **Hamburger Spezialartikel**

für Maurer und Zimmerer.  
Beste Arbeitsgarberoben. Prima Isländer. Preisliste gratis.  
Verband gratis gegen Nachnahme.  
**Louis Mosberg, Bielefeld,** Nur 44 Breitlaststr. 44  
(Papenmarkt-Ecke).

**Arbeitsmarkt**

20 tüchtige Maurer finden Winterarbeit bei hohem Lohn.  
Koch & Kamius, Baugeschäft, Kerzdorf b. Lauban  
i. Schles.

**Arbeitsmarktf**

Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der dem Gesellenvereinste  
zur jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche für den Verkauf  
zur pro Seite definiert gemacht. Für jede Versammlung werden jedoch  
nur zwei Seiten Verkaufung möglich. Die Künste müssen für jede  
Versammlung eingetragen werden.

**Verbandsversammlungen der Maurer.**

Sonntagnabend, 17. Dezember:  
Soltau, Generalversammlung, T. C.: Ausstellung der Reisemittelverschöpfung,  
Schloß der rücksichtigen Wehrte, 23. Um großtechn. Ereignisse wird  
S. Johann, Ritterstr. 25. Um großtechn. Ereignisse wird  
Zehlendorf. Jeder hat zu erscheinen.

Sonntag, 18. Dezember:

Egeln, In Heimann's Hof, Außerordentliche Mitgliederversammlung. Alle  
müssen erscheinen. Raddm. 5 Uhr. Ausstellung der rücksichtigen Wehrte.  
Freienwalde a. d. O. verdeckte wichtige Angelegenheiten.

Klein-Schönbeck, Schloß der rücksichtigen Wehrte, 23. Um großtechn. Ereignisse wird  
Schmalzalden, Ritterstr. 6 Uhr im Schlossgarten, Thüringer Hof. Ge-  
Stendal, Ritterstr. 10 Uhr aller Kollegen dringend erscheinen.

Werdar a. d. H. 4 Uhr. Tagesschöpfung: Ausstellung und Ver-  
teilung. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Diensdag, 20. Dezember:

Berlin III. Wends 8 Uhr im "Gauenhof", Budowech. 9. An dieser  
Versammlung müssen die rücksichtigen Wehrte beigelegt werden.

Grefswald, Ritterstr. 10 Uhr bei Söder: Außerordentliche Mitgliederversammlung.  
Bei Wappmann, Ritterstr. 10 Uhr. Gleichzeitig werden alte  
Münster i. W. Kollegen aufzurufen. Mitgliedsätze mitbringen!

Mittwoch, 21. Dezember:

Cöpenick, Wends 7 Uhr im "Gauenhof". Wege: wichtige Tagesschöpfung  
Grottkau, Ritterstr. 10 Uhr. Alle Mitglieder müssen die Wehrte, pünktlich zu  
Elmschor, Ritterstr. 7 Uhr. Alle Mitglieder müssen die Wehrte, pünktlich zu  
Nürnberg, Ritterstr. 7 Uhr im "Gauenhof", Steinbüchelerstrasse. Pünktlich  
alle Kollegen aufzurufen.

Donnerstag, 22. Dezember:

Dortmund, Wends 8 Uhr. Schlechtes Ereignis notwendig. Die rücksichtigen Wehrte sind in dieser Versammlung zu entrichten.

Sonntag, 25. Dezember:

Giesen, Ritterstr. 9 Uhr. Generalversammlung. Wahl der kritischen Ver-  
einigung, Ausstellung der rücksichtigen Wehrte. Eröffnet 10 Uhr.  
Hintersee, 11 Uhr im "Gauenhof", Ritterstr. 10. Delegationswahl,  
Hohenmölsen, Ritterstr. 21/22 Uhr. Delegationswahl. Pünktliches Erscheinen  
notwendig.

**Verbandsversammlungen der Stukkaturen.**

Montag, 19. Dezember:

Berlin, Wends 8 Uhr bei Bartsch, Grenadierstr. 22. Bericht vom Verbands-

tege. Diskussion, verschiedene. Bahrtliches Ereignis notwendig.

Druck: Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Kuer & Co.  
in Hamburg.